



Quartiere unter Druck?

Radikalisierungstendenzen und Potentiale politischer Bildung in belasteten Großstadtquartieren

Tobias Stapf
Wassili Siegert

November 2019

Die zunehmende soziale Spaltung und sozialräumliche Segregation in Deutschland spiegelt sich mit all ihren Konsequenzen in bestimmten Wohnquartieren wider. Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen wie der demografische Wandel, Migration sowie die regional sehr ungleiche wirtschaftliche Entwicklung wirken sich auf diese Quartiere aus.

Welche Auswirkungen dies in den Quartieren auf den lokalen gesellschaftlichen Zusammenhalt, auf die Entwicklung von Radikalisierungen und auf die Konfliktbereitschaft hat, ist bisher nur wenig analysiert.

Insbesondere im Kontext rapider Veränderungen in der Be-

wohnerschaft vieler Quartiere im Zuge des Anstiegs der Neuzuwanderung berichten Unternehmen der Wohnungswirtschaft seit 2015 von alarmierenden Herausforderungen.

Anhand aktueller Erhebungen in ausgesuchten Quartieren beleuchtet dieses Working Paper, inwieweit tatsächliche Radikalisierungen und Hinwendungen zum Extremismus von Bewohnerinnen und Bewohnern für ein anwachsendes Bedrohungsgefühl sorgen. Darüber hinaus diskutieren wir potentielle Ansatzpunkte für Angebote der politischen Bildung, um solchen Entwicklungen entgegenwirken zu können.

Gefördert von der



Inhaltsverzeichnis

1. Einführung – Zuspitzung von Konflikten in Großwohnsiedlungen?	2
1.1. Die GdW-Studie „Zusammenleben im Quartier“	2
1.2. Quartiersstudien	5
1.3. Das Projekt „Konflikt<>Quartier<>Zusammenleben“	5
2. Quartiersforschung und Radikalisierungstheorien in der politischen Bildung	7
2.1. Was ist ein Quartier?	7
2.2. Radikalisierungstheorien im Quartierskontext	9
3. Vergleich der Quartiere.....	12
3.1. Vergleich der Strukturdaten.....	12
3.1.1. Geografische Lagen und Größe der Quartiere	12
3.1.2. Bevölkerungsstruktur	15
3.1.3. Arbeit und Soziales	16
3.1.4. Indikator: Wahlergebnisse der Bundestagswahlen 2013 und 2017	17
3.1.5. Zwischenfazit.....	19
3.2. Aspekte des Zusammenlebens.....	21
3.2.1. Allgemeines Zusammenleben und Entwicklungen in den Quartieren.....	21
3.2.2. Zuwanderung und Integration	22
3.2.3. Nachbarschaftskonflikte und Radikalisierung	25
3.2.4. Teilhabe und Engagement.....	26
3.2.5. Kinder und Familien	27
3.2.6. Sprache.....	28
3.3. Zwischenfazit.....	29
3.3.1. Potentielle Push-Faktoren für Radikalisierungen.....	29
3.3.2. Potentielle Kontextfaktoren für Radikalisierungen.....	30
3.3.3. Potentielle Pull-Faktoren für Radikalisierungen	31
4. Schlussfolgerungen: Radikalisierungstendenzen in den untersuchten Quartieren	32
5. Potentiale politischer Bildung im Quartier	36
Literaturverzeichnis	38
Abbildungsverzeichnis	40
Tabellenverzeichnis	40

1. Einführung – Zuspitzung von Konflikten in Großwohnsiedlungen?

Die sich zuspitzende soziale Spaltung und sozialräumliche Segregation in Deutschland durch die starken demografischen Veränderungen im Kontext von Überalterung in ländlichen Gebieten, Migration (einschließlich der Fluchtmigration) sowie regional sehr ungleicher wirtschaftlicher Entwicklung spiegelt sich mit all ihren Konsequenzen in bestimmten Wohnquartieren wider. Welche Auswirkungen dies in den Quartieren auf den lokalen gesellschaftlichen Zusammenhalt, auf die Entwicklung von Radikalisierungen und die Konfliktbereitschaft hat, ist bisher nur wenig analysiert.

Mit der Einführung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ im Jahr 1998 konnten beachtliche Erfolge von neubelebten, tragfähigen Wohnquartieren verzeichnet werden. Gleichzeitig sind die Verfestigung oder Entstehung von segregierten und teilweise auch polarisierten Nachbarschaften ebenfalls ein Aspekt der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung (Hirth und Schneider 2011, GdW 1998). In West- ebenso wie in Ostdeutschland verstärken die selektiven Mechanismen der Wohnungsmärkte und die seit Jahrzehnten sinkende Verfügbarkeit von Sozialwohnungen zunehmend negative Segregationsprozesse in bestimmten Quartieren, auch wenn die Ausprägung dieser Segregationen lokal sehr unterschiedliche Formen annimmt.

Insbesondere im Kontext rapider Veränderungen in der Bewohnerschaft vieler Quartiere im Zuge des Anstiegs der Neuzuwanderung berichten Unternehmen der Wohnungswirtschaft seit 2015 von alarmierenden Herausforderungen wie zunehmender Gewalt, Kriminalität, (Rechts-) Extremismus sowie allgemein von Radikalisierung in den Wohnquartieren¹. Diese Entwicklungen finden nicht nur in segregierten Wohnquartieren der Ballungsräume, sondern auch in den Abwanderungsregionen Deutschlands statt. Aufgrund der unzureichenden Datenlage bzw. fehlender Analysen ist häufig schwer zu bestimmen, inwieweit eher die medialen Diskurse über Extremismus und Gewalt oder aber tatsächliche Radikalisierungen und Hinwendungen zum Extremismus von Bewohnerinnen und Bewohnern (insbesondere diskutiert für Islamismus und Rechts extremismus) für ein anwachsendes Bedrohungsgefühl sorgen, welches sich auch auf die Wohnungsunternehmen und kommunalen Verantwortlichen auswirken.

1.1. Die GdW-Studie „Zusammenleben im Quartier“

Vor diesem Hintergrund erhielt Minor 2018 den Auftrag, für den GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, der für 13 Mio. Mieterinnen und Mieter in 7 000 Wohnungsunternehmen steht, eine bundesweite Studie mit Handlungsempfehlungen über die konkreten Problem- und Konfliktlagen in großen Quartieren zu erstellen².

¹ Siehe z. B. die Stellungnahme des GdW zu diesem Thema: https://web.gdw.de/uploads/pdf/stellungnahmen/GdW_SN_Gespraech_Bundeskanzleramt_23102018.pdf (30.11.2019)

² Die Studie von Minor – Wissenschaft Gesellschaft unter dem Titel „Herausforderung: Zusammenleben im Quartier - Konflikte im Wohnquartier, gestresste Nachbarschaften und Handlungsmöglichkeiten der deutschen Wohnungswirtschaft - Studie zu Herausforderungen für die deutsche Wohnungswirtschaft

Im Rahmen dieser Studie wurden 234 Quartiere durch die Wohnungsunternehmen beschrieben und mit Ergebnissen der Erhebung *Wohntrends 2035* abgeglichen (Oswald, Ress und Pfeffer-Hoffmann 2019). Zudem wurden vier qualitative Quartiersstudien in den Städten Berlin, Duisburg, Erfurt und Magdeburg durchgeführt. Auf den Ergebnissen der Umfrage und der Quartiersstudien wird hier aufgebaut. Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse der Online-Befragung als Basis für weiterführende Analysen und Fragestellungen vorgestellt. Dabei wird ein Fokus auf Konflikte in den Quartieren gelegt.

Im Allgemeinen berichten die befragten Wohnungsunternehmen von verschiedenen Herausforderungen, die im Zusammenhang mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen wie u. a. verstärkter Zuwanderung bzw. Abwanderung und dem demografischen Wandel entstehen. So wird die Zunahme an Segregation, eine Polarisierung zwischen alten und neuen Mietergruppen und eine verstärkte Wahrnehmung von Unsicherheiten, Konflikten und kriminellen Vorfällen konstatiert. Auch von einer verstärkten Stigmatisierung von Quartieren und von Phänomenen der Überalterung und Altersarmut wird häufig berichtet. Hierbei gibt es unterschiedliche Ausprägungen in den Quartieren. Auf Basis der Auswertung der Umfrage wurde eine Typisierung von Quartieren in fünf Quartierstypen entwickelt, die die Einordnung einzelner Quartiere ermöglichen soll. Diese Quartierstypen sind in der folgenden Übersicht dargestellt.

Auffällig ist, dass der Aspekt der Integration verschiedener Gruppen von Mieterinnen und Mietern als Ansatzpunkt heraussticht, um das Zusammenleben in den Quartieren zu verbessern. Eine Neuverhandlung bestehender Normen und sozialer Praxis wäre nötig, um der Polarisierung von Mietergruppen entgegenzuwirken. Dass diese Neuverhandlung an vielen Stellen noch nicht in ausreichendem Maße stattfindet, äußert sich in typischen Nachbarschaftskonflikten wie Hausordnungsverstößen, Lärmbeschwerden, verbalen Auseinandersetzungen sowie teilweise Sachbeschädigungen. Insbesondere in Quartieren des Quartierstyps 4 wird von einer Zunahme dieser Konflikte berichtet. Gleichzeitig zeigen lokale Statistiken, dass die Kriminalität in den Quartieren rückläufig ist. Die Wahrnehmung der Zunahme an Konflikten spiegelt sich also nicht in der Kriminalstatistik wider, ganz im Gegenteil. Als Gründe für die Zunahme der Konflikte sehen die Wohnungsunternehmen die Konzentration von Armut und Kinderarmut, einen geringen Bildungsstand der Bevölkerung, Perspektivlosigkeit und Probleme innerhalb der Familie an. Interkulturelle Konflikte spielten nur eine untergeordnete Rolle.

bei der Gestaltung eines pluralen Zusammenlebens im Quartier“ ist hier verfügbar:
https://web.gdw.de/uploads/pdf/Pressemeldungen/GDWS_Endbericht_druck_190826c.pdf
Eine kurze Zusammenfassung der Studienerkenntnisse ist hier zu finden: https://web.gdw.de/uploads/pdf/Pressemeldungen/Praesentation_Minor_Pressefruehstueck_13_11_2019.pdf

Tabelle 1: Fünf Quartierstypen auf Basis der Befragung von Wohnungsunternehmen
Eigene Darstellung nach eigener Berechnung, n = 234 Quartiere © Minor

Typ 1: Ambivalente Quartiere in schrumpfenden Kleinstädten und Landgemeinden (n = 39, 16,7 %)

- Überwiegend in neuen Bundesländern (84,6 %)
- Wahrgenommene Segregation durchschnittlich: Unterdurchschnittliche Zuwanderung, durchschnittliches Einkommens- und Bildungsniveau, aber die wahrgenommene Belastung hat sich mehrheitlich verschlechtert (66,7 %)
- Wohnlage mehrheitlich in Stadtteilen außerhalb des Zentrums (48,7 %) und Innenstadt bzw. zentrumsnah (33,3 %)
- 128,7 % Veränderung der Schutzsuchenden zwischen 2014 und 2016 (n = 5)

Typ 2: Belastete Quartiere in schrumpfenden Mittelstädten (n = 33, 14,1 %)

- Überwiegend in neuen Bundesländern (78,8 %)
- Entwicklung der wahrgenommenen Belastung tendenziell eher verschlechtert (57,6 %)
- Wohnlage mehrheitlich in Stadtteilen außerhalb des Zentrums (63,6 %)
- 277,5 % Veränderung der Schutzsuchenden zwischen 2014 und 2016 (n = 12)

Typ 3: Ausgewogene Quartiere in wachsenden Mittelstädten (n = 44, 18,8 %)

- Überwiegend in den alten Bundesländern (75,0 %)
- Entwicklung der wahrgenommenen Belastung mehrheitlich verbessert (70,5 %)
- Wohnlage überwiegend in der Innenstadt bzw. zentrumsnah (40,9 %) und in Stadtteilen außerhalb des Zentrums (38,6 %)
- 178,1 % Veränderung der Schutzsuchenden zwischen 2014 und 2016 (n = 18)

Typ 4: Belastete Großstadtquartiere (n = 63, 26,9 %)

- Etwas mehr in den alten Bundesländern (60,3 %) als in den neuen Bundesländern (bei insgesamt etwas mehr Fällen in der Gesamtumfrage in den alten Bundesländern)
- Entwicklung der wahrgenommenen Belastung ausschließlich verschlechtert (100 %)
- Wohnlage verhältnismäßig gleichverteilt über Innenstadt bzw. zentrumsnah (22,2 %), Stadtteil außerhalb des Zentrums (42,9 %) und Stadtrand (34,9 %)
- 97,50 % Veränderung der Schutzsuchenden zwischen 2014 und 2016 (n = 62)

Typ 5: Ausgewogene Großstadtquartiere (n = 55, 23,5 %)

- Mehrheitlich in den alten Bundesländern (74,5 %)
- Entwicklung der wahrgenommenen Belastung ausschließlich verbessert (100 %)
- Wohnlage überwiegend in Stadtteilen außerhalb des Zentrums (50,9 %) und weniger deutlich in der Innenstadt bzw. zentrumsnah (34,5 %)
- 102,6 % Veränderung der Schutzsuchenden zwischen 2014 und 2016 (n = 55)

Als notwendig für eine Verbesserung des Zusammenlebens in den Quartieren erachten die Wohnungsunternehmen vor allem die Stärkung des nachbarschaftlichen Miteinanders, die Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten sowie Ankunftsunterstützung neuer Mieterinnen und Mieter. Begegnungsorte werden als wesentliche Komponenten für die Bearbeitung dieser Ziele gesehen. Als wichtigste Felder für Maßnahmen wurden die Jugend- und Sozialarbeit genannt.

1.2. Quartiersstudien

Zusätzlich zur Gesamtbefragung der Wohnungsunternehmen führten wir vier qualitative Fallstudien in folgenden Quartieren durch:

- Duisburg Neuenkamp (Montero 2019)
- Erfurt Rieth (Ress 2019a)
- Magdeburg Kannenstieg und Schilfbreite (Ress 2019b)
- Berlin Märkisches Viertel (Siegert 2019)

In den Quartieren wurden verschiedene Fokusgruppeninterviews durchgeführt, mit

- Angestellten der Wohnungsunternehmen (Hausmeisterinnen und Hausmeistern, Kundenbetreuerinnen und Kundenbetreuern),
- der Leitungsebene der Wohnungsunternehmen (Sozialmanagement, Quartierskoordination, Leitung Facility-Management und Kundenbetreuung),
- Vertreter*innen von lokal ansässigen Trägern der Sozial- und Bildungsarbeit und
- Vertreter*innen der (Alt-)Mieterschaft.

Außerdem wurden für die Studien statistische Analysen sowie eine geschichtliche Kontextualisierung durchgeführt und in Einzelinterviews mit politischen Vertreterinnen und Vertretern die verschiedenen Aspekte des Zusammenlebens im jeweiligen Quartier thematisiert und im Anschluss qualitativ ausgewertet.

1.3. Das Projekt „Konflikt<>Quartier<>Zusammenleben“

Basierend auf den Erkenntnissen der GdW-Studie „Herausforderung: Zusammenleben im Quartier“ setzt sich das Projekt „Konflikt<>Quartier<>Zusammenleben“ zum Ziel, durch ergänzende Analysen die Frage zu beantworten, wie Angebote der politischen Bildung die Bewohnerinnen und Bewohner solcher Quartiere bei der Aushandlung von Konflikten unterstützen und damit polarisierenden und extremistischen Tendenzen entgegenwirken können. Dafür werden Fokusgruppeninterviews mit Zugewanderten und Akteuren der Integrationsarbeit (v. a. Integrationslotsinnen und Integrationslotsen) durchgeführt.

Die Arbeit des Projektes wird dabei durch folgende Fragestellungen geleitet:

1. Welche Bedeutung spielen Zuwanderung und Abwanderung bzw. Fluktuation für die wahrgenommene Zunahme an Konflikten und Ängsten im Quartier? Wo verlaufen die Konfliktlinien?
2. Welche Rolle spielt dabei das Selbstverständnis der Quartiere und die Angst vor Veränderung?

3. Welche Zeichen indizieren eine Radikalisierung in den Quartieren?
4. Welche Potentiale hat politische Bildungsarbeit, insbesondere Radikalisierungsprävention für die Verbesserung des Zusammenlebens im Quartier?

Das Projekt der politischen Bildung baut auf konkreten Fallanalysen in Quartieren auf, sodass deren Ergebnisse zu konkreten Problemlagen passgenau in der Projektdurchführung genutzt werden zu können. Dazu werden in vier ausgewählten Großwohnsiedlungen vertiefte Analysen zum Stand des gesellschaftlichen Dialogs in den Quartieren umgesetzt. Im zweiten Schritt werden, in Zusammenarbeit mit den Wohnungsunternehmen, sozialen Akteuren im Quartier sowie Bewohnerinnen und Bewohnern, in Methodenwerkstätten innovative Maßnahmen der politischen Bildung und der Förderung des Zusammenhalts im Quartier entwickelt.

Ziel dieses Working Papers ist es, zum einen die Ergebnisse der Quartiersstudien aus der Studie „Zusammenleben im Quartier“ und den Erhebungen des Projektes „Konflikt<>Quartier<>Zusammenleben“ zu integrieren und zum anderen in einer vergleichenden Analyse gegenüberzustellen (siehe Abschnitt 3). Es werden die drei Quartiere Duisburg Neuenkamp, Erfurt Rieth und Berlin Märkisches Viertel miteinander verglichen. Im Projekt „Konflikt<>Zusammenleben<>Quartier“ wurde eine neue Zusammenarbeit mit dem Quartier Siedlung am Donewald (im Stadtteil Köln Dünwald) begonnen. Aufgrund der kürzeren Zeit unserer Arbeit in diesem Quartier liegen noch nicht ausreichend Daten vor, um die Siedlung am Donewald in die vorliegende Analyse aufzunehmen.

Nach der in der Studie „Herausforderung: Zusammenleben im Quartier“ entwickelten Typisierung sind die Quartiere Duisburg Neuenkamp, Erfurt Rieth und Berlin Märkisches Viertel alle dem Quartierstyp 4 „Belastete Großstadtquartiere“ zuzuordnen. Die wahrgenommene Belastung in diesem Quartierstyp ist durch die Verschlechterung der sozialen Lage, des nachbarschaftlichen Miteinanders sowie der Stimmung innerhalb der Anwohnerschaft und gegenüber den Mitarbeitenden sehr hoch. Beschrieben wird ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Transferleistungsbeziehenden und -beziehern und ein hoher Anteil an Zugewanderten sowie Geflüchteten. Das Bildungs- und Einkommensniveau wird niedrig eingestuft. Des Weiteren ist dieser Quartierstyp – nach Einschätzung der Wohnungsunternehmen – aufgrund von Armutsphänomenen überfordert. Quartiere des Typs 4 sind von sozialer Segregation, Zuwanderung und demografischem Wandel am stärksten geprägt und somit ein wichtiger Untersuchungsraum für die Auswirkungen dieser gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen.

Genannte Konfliktfelder sind die Verstärkung von Vandalismus, Verwahrlosung, Sachbeschädigung, Körperverletzung sowie das Anwachsen von ethnisch und religiös motivierten Konflikten. Als Ursachen für die verstärkten Konflikte im Zusammenleben werden das Wohnverhalten, die soziale Segregation, fehlendes Sicherheitsgefühl und Zuwanderung genannt (Oswald, Röss und Pfeffer-Hoffmann 2019).

Auf der Basis eines Vergleichs der Erkenntnisse aus den Fallstudien werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Quartiere näher beleuchtet. Ziel ist es, eine Verallgemeinerung der bestehenden Herausforderungen im Hinblick auf Indikatoren für Radikalisierungen zu versuchen, aber auch auf Unterschiede zwischen den Quartieren hinzuweisen.

2. Quartiersforschung und Radikalisierungstheorien in der politischen Bildung

In diesem Abschnitt werden zwei wesentliche theoretische Hintergründe – die Quartiersforschung und Konzepte der Radikalisierungsprävention – die für das Projekt „Konflikt<>Quartier<>Zusammenleben“ von Bedeutung sind, zusammenfassend betrachtet. Ziel ist es, eine Verbindung der beiden Felder herzustellen, verbunden mit der Frage, wie eine sinnvolle politische Bildungsarbeit für die hier betrachteten Quartiere aussehen kann, um eine Verbesserung des Lebensgefühls und die Prävention möglicher Radikalisierungen bzw. der zunehmenden Polarisierung der Bevölkerungen in den Quartieren zu erreichen.

2.1. Was ist ein Quartier?

Olaf Schnur (2014: 22) beschreibt die Quartiersforschung ist als sehr heterogenes und zersplittertes Forschungsfeld. Verschiedenste Forschungsdisziplinen von der Sozialökologie bis hin zu Poststrukturalistischen Ansätzen arbeiten zu Themen rund ums Quartier und bieten vielfältigste Erklärungsmodelle zu Prozessen in Quartieren und Nachbarschaften an. Die Schwerpunktsetzung ist dabei sehr unterschiedlich. Während bspw. sozialökologische Ansätze, basierend auf der Theorie der Chicagoer Schule der 1920er Jahre, Quartiere als eine Art Organismus begreifen, befassen sich Neoklassische Ansätze mit Bodenrenten und Lebenszyklen der Stadterneuerung während wiederum poststrukturalistische Ansätze vielmehr soziale Raumproduktion und Quartiersdiskurse sowie (neo-)marxistische Ansätze Kapitalakkumulationen und den Zusammenhang von Wohnen und Klassenkampf in den Blick nehmen (Schnur 2014: 24-36). Es gibt weitaus mehr Ansätze als die genannten. Dies soll nur einen Eindruck geben, dass die Forschung um Quartiere stark umkämpft und kontrovers ist. Zugleich wird der Begriff „Quartier“ nicht einheitlich verwendet. Es gibt keine Definition, auf die sich weite Teile der Forschung einigen können. In der Folge wird nach Schnur (2014) eine Definition vorgestellt.

Zunächst ist festzuhalten, dass in nahezu allen Definitionen von „Quartier“ eine Abkehr vom Verständnis eines Containerraumes stattfindet, also einem klar abgrenzbaren Raum, der materielle Körper, die sich in einer gewissen Entfernung zueinander befinden, beinhaltet. Dieses Raumverständnis hat sich in den 1980er-Jahren durch den sogenannten *spatial turn* weitgehend aus der Forschung verabschiedet. Im Kern bedeutet das, dass heute Quartiere nicht als klar abgrenzbaren oder gar administrative Einheiten verstanden werden, sondern vielmehr durchlässige Grenzen aufweisen und auch nicht abgeschottet von umliegenden Gebieten, der Stadt und der Welt bestehen.

Ein enger Zusammenhang des Quartiersbegriffs besteht zum Begriff der „Nachbarschaft“. Die Begriffe sind weitestgehend synonym zu verstehen. Insbesondere in der englischsprachigen Forschung ist der Begriff *neighbourhood* weiterverbreitet. Wesentlich für beide Konzepte ist, dass Quartiere oder Nachbarschaften immer in gewisse Kontext eingebettet sind, sei es innerhalb der Stadt, der Region, des Staates oder auf globaler Ebene. Die Begriffe *embeddedness* und „Glokalisierung“ beschreiben diese Verwicklung von Quartieren von lokaler bis hin zu globaler Ebene (vgl. Schnur 2014: 41). Dass globale Entwicklungen lokal erfahren werden, gilt für die viel beachtete Entwicklung der Neuzuwanderung nach Deutschland und Europa ebenso wie für eine Reihe

von sozialen, ökonomischen, technischen und klimatischen Entwicklungen. Lokale Quartiere sind dabei in globale (Wanderungsbewegungen, internationale Politik), nationale (nationale Politik und rechtliche Bestimmungen), regionale (Landespolitik) und städtische (städtische Besonderheiten) Kontexte eingebettet. Auf Quartiersebene findet folglich eine Integration lokaler, regionaler, nationaler sowie trans- und internationaler Prozesse statt.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass Quartiere neben der materiellen Verfasstheit immer auch ein soziales Konstrukt sind. Quartiere sind ein Resultat einer sozialen Raumproduktion (Lefebvre 1974), d. h. diese Räume werden im Zusammenspiel aus Alltagspraxis, Planung und Verwaltung sowie durch Aneignung und Imagination des jeweiligen Raums sozial und symbolisch produziert und konstruiert sowie immer wieder reproduziert (ebd.). Ein Quartier wird dann zum Quartier, wenn alle Beteiligten über ein Quartier reden und gegenseitig voneinander wissen, was sie meinen. Ob es sich also um ein Quartier handelt und welche Identität das Quartier prägt, unterliegt einem *common sense* der Akteure im Quartier (Bewohnerinnen und Bewohner, Communities, zivilgesellschaftliche Akteure, wirtschaftliche und politische Akteure etc.). Dieser *common sense* wiederum entsteht durch die laufende Interaktion und den Austausch zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie allen, für das Quartier relevanten Stakeholdern. Olaf Schnur schlägt folgende Definition vor:

„Ein Quartier ist ein kontextuell eingebetteter, durch externe und interne Handlungen sozial konstruierter, jedoch unscharf konturierter Mittelpunkt-Ort alltäglicher Lebenswelten und individueller sozialer Sphären, deren Schnittmengen sich im räumlich-identifikatorischen Zusammenhang eines überschaubaren Wohnumfelds abbilden.“ (Schnur 2014: 43)

Mit dieser Definition bleibt Schnur bewusst recht allgemein, dennoch werden die wesentlichsten Aspekte von Quartieren deutlich: Quartier ist Lebensmittelpunkt, Identifikationsraum und in einen Kontext verwoben. Gleichzeitig besteht eine Vielheit an Perspektiven auf ein und dasselbe Quartier. Auch sollte erwähnt werden, dass sich Quartiere durch ihre bauliche und materielle Form sowie durch symbolische Bedeutungen und soziale Merkmale auszeichnen.

Insbesondere die zentrale Bedeutung des kontroversen Austauschs zwischen verschiedenen Akteuren verbindet das Konzept des Quartiers und die Praxis der politischen Bildung. Quartiere existieren auch ohne politische Bildungsangebote. Allerdings können letztere der Bewohnerschaft gerade in Krisenzeiten oder Konfliktsituationen wichtige Möglichkeiten bieten, über das Selbstverständnis und den Wandel im Quartier zu reflektieren. Politische Bildungsangebote können Bewohnerinnen und Bewohner auch dabei unterstützen, Möglichkeiten zu identifizieren, wie sie die Entwicklungen in ihrem Quartier mitgestalten können, und damit ihre Selbstwirksamkeit realisieren.

Krisen und Konfliktsituationen sind Alltag in Quartieren, denn sie sind die sozialen Erfahrungsräume, wo sich verschiedenste Prozesse wie u. a. Migration, Globalisierung, demografischer Wandel und wirtschaftliche Konjunkturen für die Bewohnerinnen und Bewohner manifestieren. Gleichzeitig sind Quartiere die Diskussionsräume, wo der Umgang mit diesen Entwicklungen zwischen den verschiedenen Gruppen vor Ort ausgehandelt wird. Beispielsweise spiegeln sich die zuspitzende soziale Spaltung und sozialräumliche Segregation durch die starken demografischen Veränderungen im Kontext von Überalterung in ländlichen Gebieten, von Migration

einschließlich der Fluchtmigration sowie von regional sehr ungleicher wirtschaftlicher Entwicklung mit all ihren Konsequenzen in bestimmten Wohnquartieren wider.

Dabei ist es häufig schwer zu unterscheiden, inwieweit mediale Diskurse zu Extremismus und Gewalt oder aber tatsächliche Radikalisierungen und Hinwendungen zum Extremismus von Bewohnerinnen und Bewohnern (insbesondere diskutiert für Islamismus und Rechtsextremismus) für ein wachsendes Bedrohungsgefühl in den Quartieren sorgen.

Um diese Sachlage näher beleuchten zu können, muss allerdings zunächst die Frage geklärt werden, wo genau sich die beobachteten Konflikte in den Quartieren im theoretischen Kontext der Extremismus- und Radikalisierungstheorien verorten lassen.

2.2. Radikalisierungstheorien im Quartierskontext

Angesichts der vielen verschiedenen Kontexte und Prozesse, in denen es zu Radikalisierungsprozessen³ und gewalttätigem Extremismus kommen kann, gibt es entsprechend viele Modelle und Theorien für die Erklärung von Radikalisierungsprozessen und deren Abläufe in der Literatur. Wir führen hier einige dieser Modelle an, die vor dem Hintergrund der beschriebenen Entwicklungen und Konflikte in den Quartieren relevant erscheinen.

Zeiger und Aly (2015) beispielsweise beschreiben eine Reihe von „Push-“, „Pull-“ und „Kontextfaktoren“, deren Zusammenwirkung Radikalisierungsprozesse befördern kann, welche wiederum in gewalttätigem Extremismus münden können (siehe Abbildung 1).

Beispiele für Push-Faktoren sind, diesem Modell zufolge, sozioökonomische Segregation und Armut. Mögliche Kontextfaktoren sind fehlende bzw. wahrgenommene fehlende Rechtsstaatlichkeit und institutionelles Versagen. Pull-Faktoren sind Vorgänge politischer Aktivitäten und die aktive Verbreitung von Ideologien, welche extremistische Positionen als Antwort auf die erfahrenen Situationen anbieten. Insbesondere Kontext- und Push-Faktoren sind dabei eng miteinander verwoben und nicht immer klar voneinander abzugrenzen. Eine hohe lokale Kriminalitätsrate z. B. ist ein potentieller Push-Faktor, der aber im direkten Zusammenhang mit übergeordneten politischen Gegebenheiten, bspw. der Wahrnehmung eines institutionellen Versagens der Polizei bei der Verhinderung dieser Belastung (Kontextfaktor) stehen kann. Die lokalen sozialen Zustände sind folglich den Push-Faktoren zuzuordnen, während die Kontextfaktoren übergeordnete Entwicklungen und die Wahrnehmung (mangelnder) Lösungen auf politischer Ebene bezeichnen. Push- und Kontextfaktoren, aber im gleichen Maß auch Pull-Faktoren bedingen sich dabei gegenseitig.

³ Radikalisierung wird in diesem Kontext als Prozess hin zu einem zunehmend extremistischen Denken und Handeln und einer wachsenden Unterstützung bzw. Bereitschaft für den Einsatz illegitimer Mittel, z. B. auch Gewalt, zur Durchsetzung bestimmter Ziele verstanden. Allerdings besteht keine Einigkeit in der Fachliteratur über die Ursachen, die Auslöser oder den Verlauf dieser Prozesse. Radikalisierungsprozesse und Position wie Extremismus werden meist kontextabhängig beschrieben. Entsprechend erscheint es ebenfalls kontextabhängig und nicht eindeutig bestimmbar, ab welchem Punkt man von einer beginnenden Radikalisierung sprechen kann (Neumann 2013).

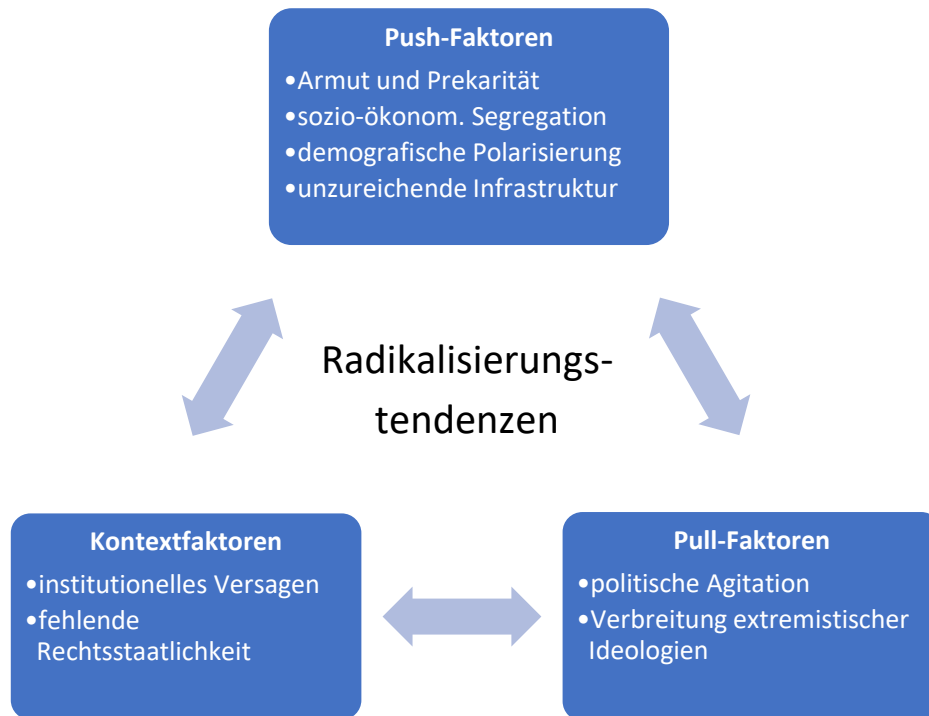


Abbildung 1: Push-Pull-Modell zu den Bedingungsfaktoren von Extremismus

Eigene Darstellung nach Zeiger und Aly (2015)

Weitere Modelle, die versuchen, Radikalisierungsprozesse zu erklären sind u. a. die „Fließband-Hypothese“ (siehe z. B. Baran 2005) oder die „Ventil-Hypothese“ (Lambert 2008). Die Fließband-Hypothese sieht Radikalisierungen als kontinuierliche Prozesse, die, nachdem eine Einstiegsstufe überschritten ist, sich immer weiter steigern können. Eine solche Form von Kontinuität der Radikalisierung bezweifeln hingegen die Verfechter der Ventil-Hypothese, indem sie betonen, dass in manchen Fällen selbst radikale Äußerungen und Gedanken nicht unbedingt entsprechend radikales oder gewaltsames Handeln nach sich ziehen müssen, sondern, sich als Ausdrucksmöglichkeit von Unzufriedenheiten oder Frustrationen auf verbale Radikalität beschränken können.

Diese beiden Modelle beschreiben weniger die Ursachen als die ablaufenden Prozesse bzw. den möglichen Verlauf von Radikalisierungen hin zu politischem Extremismus. Da die vorliegende Studie sich hauptsächlich auf die Analyse der Ausgangslage in den Quartieren und den damit verbundenen, potentiellen Ursachen von Radikalisierungsprozessen konzentriert, hat in diesem Rahmen das Push-Pull Modell die höchste Relevanz.

Diesem Modell zufolge sollten Strategien, die Radikalisierungstendenzen entgegenwirken sollen, die vorhandenen Push-, Pull- und Kontextfaktoren identifizieren und auf die Reduzierung der bestehenden Faktoren hinwirken.

Die Merkmale von und Anforderungen an potentielle politische Bildungsangebote, die diesen Push-, Pull- und Kontextfaktoren entgegenwirken können, sind grundlegend durch die Prinzipien des Beutelsbacher Konsens beschrieben (Bundeszentrale für politische Bildung 2011):

1. Überwältigungsverbot.
2. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.
3. Lernende müssen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und ihre eigene Interessenlage zu analysieren.

Insbesondere das dritte Prinzip beschreibt die Stärkung der Selbstwirksamkeit von Bürgerinnen und Bürgern, d. h. die Stärkung der Kompetenzen von Bürgerinnen und Bürgern, die vorhandene politische Situation in ihrem Sinne im Rahmen des demokratischen Systems zu beeinflussen.

Die Push- und Kontextfaktoren des angeführten Radikalisierungsmodells beschreiben Situationen, in denen die Selbstwirksamkeit der betroffenen Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend gegeben zu sein scheint (z. B. Armut, Segregation, versagende Institutionen), was wiederum Ansatzpunkte für die Pull-Faktoren politischer Agitation und Polarisierung bietet. Daraus lässt sich eine besondere Bedeutung von Angeboten politischer Bildung für die Anti-Radikalisierungsarbeit ableiten, welche die Selbstwirksamkeit der Bürgerinnen und Bürger stärken.

Dem theoretischen Rahmen des Push-Pull-Modells folgend, ordnet die vorliegende Analyse die erfassten Merkmale und diskutierten Themen des Zusammenlebens in den Quartieren den entsprechenden Push-, Pull- und Kontextfaktoren zu. Anhand der Aufstellung dieser vorhandenen Faktoren in den Quartieren identifizieren wir inhaltliche und strukturelle Ansatzpunkte für politische Bildungsangebote, die diesen Entwicklungen entgegenwirken können.

3. Vergleich der Quartiere

Hier stellen wir die Ergebnisse aus den Quartieren Erfurt Rieth, Duisburg Neuenkamp und Märkisches Viertel, Berlin vergleichend gegenüber. Der Quartierstypologie der GdW-Studie zufolge fallen alle diese Quartiere unter den Quartierstyp „Belastete Großstadtquartiere (außerhalb des Zentrums)“ (siehe 1.1). D. h., dass sie vor dem Hintergrund einer ähnlichen Ausgangslage mit vergleichbaren Herausforderungen in Bezug auf die Belastungswahrnehmung und die Zunahme der Neuzuwanderung konfrontiert sind.

Basierend auf der Auswahl dieser Quartiere mit gleicher Typologie ist das Ziel des Vergleichs, Unterschiede in der Ausgangslage der Quartiere zu identifizieren und damit Verschiedenheiten in den gesellschaftlichen Diskursen vor Ort zu kontextualisieren. Darüber hinaus ordnen wir die identifizierten Strukturfaktoren und angesprochenen Themen aus den Interviews zu den Kategorien Push-, Pull- und Kontextfaktoren nach Zeiger und Aly (2015) zu. Diese Zuordnung stellt den Versuch dar, eine Einschätzung über potentielle Radikalisierungsentwicklungen in den Quartieren abzugeben und dabei auch die unterschiedlichen Ausprägungen dieser Entwicklungen in den Quartieren hervorheben zu können.

Zunächst werden ausgewählte Strukturdaten und anschließend die Ergebnisse der qualitativen Fokusgruppeninterviews verglichen.

3.1. Vergleich der Strukturdaten

Vorab muss hier angemerkt werden, dass sich ein Vergleich von statistischen Daten für kleinräumliche Einheiten wie Quartiere schwierig gestaltet. Viele Daten, insbesondere zu Bevölkerung und Arbeitsmarkt werden in den jeweiligen Städten bzw. Bundesländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten herausgegeben bzw. sind nur eingeschränkt verfügbar. So können die Bevölkerungsdaten für Berlin aus dem Jahr 2018 und die für Erfurt und Duisburg von 2017 angegeben werden. Außerdem sind teilweise bestimmte Kenndaten wie die Arbeitslosenquoten für Erfurt Rieth nicht zugänglich. Auf die Besonderheiten im Vergleich wird an den entsprechenden Stellen gesondert hingewiesen.

3.1.1. Geografische Lagen und Größe der Quartiere

In Bezug auf die Lage der Quartiere innerhalb der jeweiligen Stadt sind einige Differenzierungen zu beobachten. Duisburg Neuenkamp liegt verhältnismäßig nah an der Innenstadt, ist aber aufgrund seiner Lage auf einer Halbinsel im Rhein mit dem öffentlichen Personennahverkehr schwer zu erreichen (19 Minuten Busfahrt bis Duisburg Hauptbahnhof, alle 30 Minuten). Erfurt Rieth liegt zwar deutlich außerhalb des Zentrums und damit in der Peripherie Erfurts, ist aber besser an das Stadtzentrum angebunden (21 Minuten Straßenbahnfahrt bis Erfurt Hauptbahnhof, alle 10 Minuten). Das Märkische Viertel befindet sich am Stadtrand Berlins und damit klar in der Peripherie im Gesamtberliner Kontext (41 Minuten bis Berlin Hauptbahnhof, alle 10-20 Minuten). Alle Quartiere weisen damit, wenn auch in unterschiedlichem Maße, eine gewisse Randlage auf, die sich in einer vergleichbar schlechten infrastrukturellen Anbindung über den ÖPNV ausdrückt.

Hinsichtlich der Größe gibt es deutliche Unterschiede. Während Erfurt Rieth und Duisburg Neuenkamp mit 6 520 bzw. 5 327 Bewohnerinnen und Bewohnern verhältnismäßig klein sind, handelt es sich beim Märkischen Viertel mit einer Bevölkerung von 39 914 Personen um eine eigene Stadt innerhalb Berlins. Auch was die baulichen Merkmale anbelangt, gibt es Unterscheidungen. So dominieren in den Quartieren Erfurt Rieth und dem Märkischen Viertel in Berlin vielgeschossige Wohnscheiben und Punkthochhäuser, geteilt durch mehrspurige Fahrbahnen und Alleen. Duisburg Neuenkamp zeichnet sich hingegen durch eine kleinteiligere Mischbebauung aus niedriggeschossigen Mietshäusern und Eigenheimen aus (siehe Abbildungen 2-4).



Abbildung 2: Märkisches Viertel
Open Street Map 2019, Maßstab 1:20000

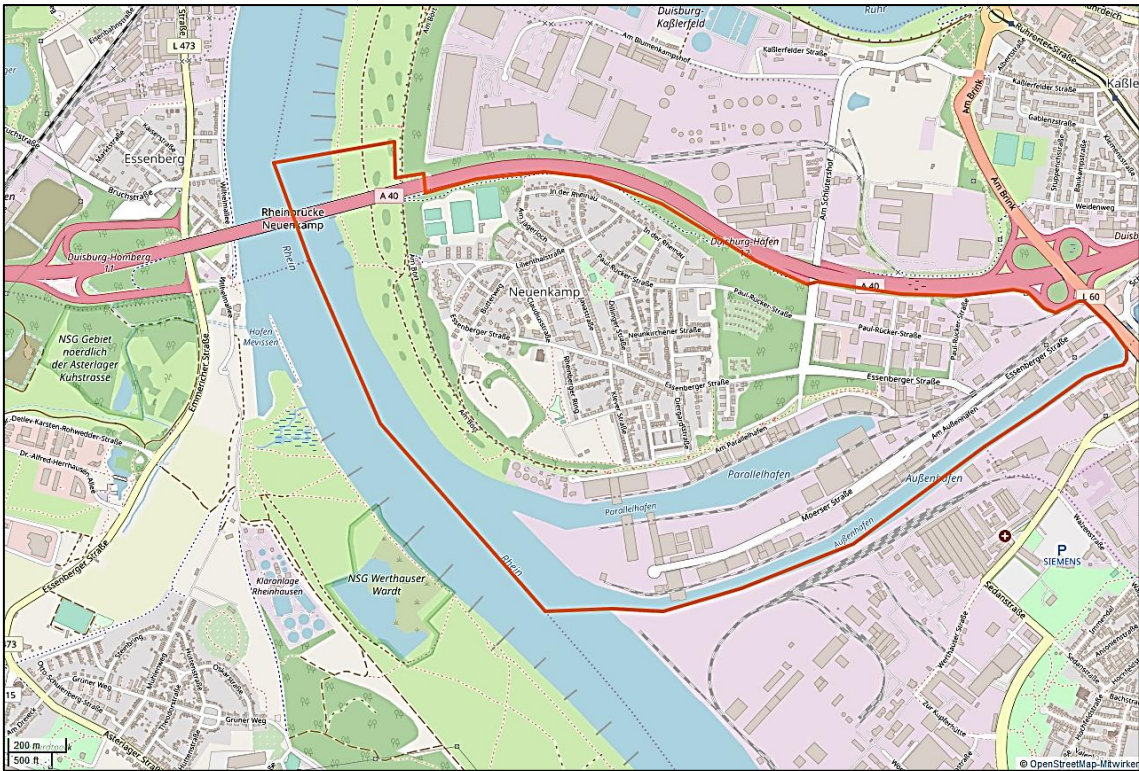


Abbildung 3: Duisburg Neuenkamp
 Open Street Map 2019, Maßstab 1:20000

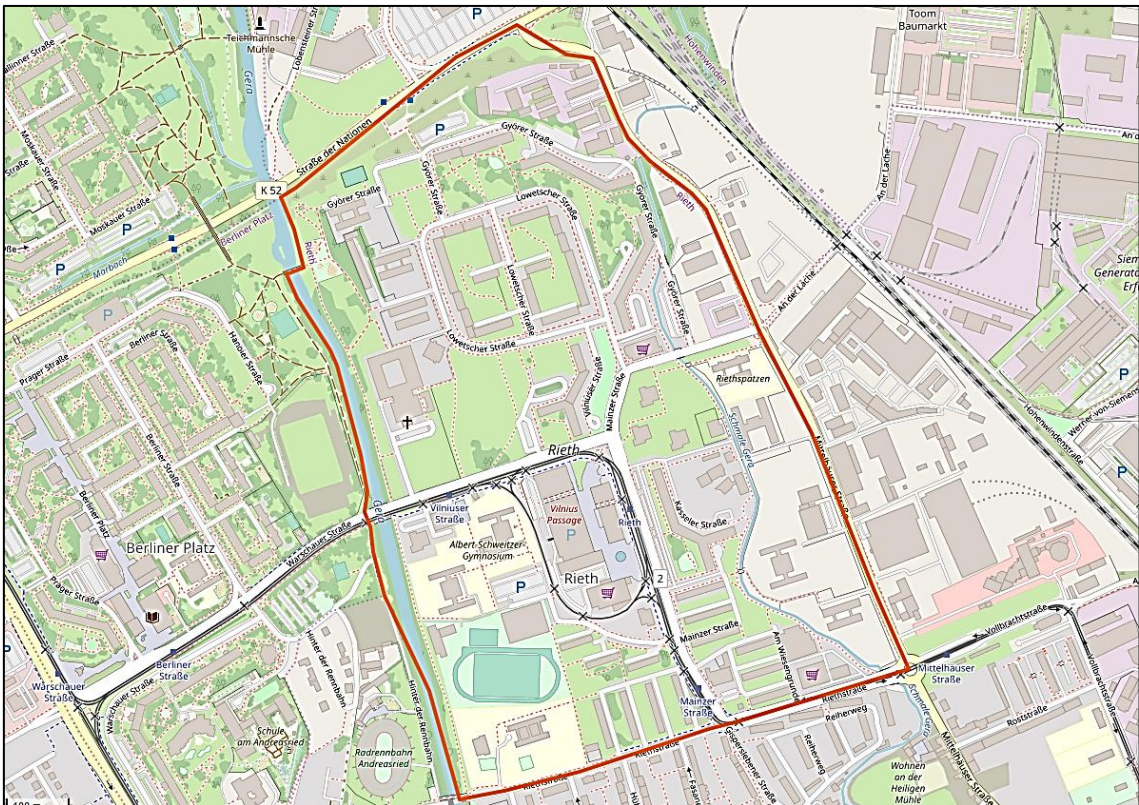


Abbildung 4: Erfurt Rieth
 Open Street Map 2019 – Maßstab: 1:10000 (doppelt so groß wie bei vorherigen Karten)

3.1.2. Bevölkerungsstruktur

Duisburg Neuenkamp weist im Quartiersvergleich die durchschnittlichste Altersstruktur auf. Auffällig ist, dass sich hier im Gegensatz zu Erfurt Rieth und dem Märkischen Viertel in Berlin der demografische Wandel geringer auszuwirken scheint. Erfurt Rieth und das Märkische Viertel in Berlin zeichnen sich hingegen tendenziell durch eine Alterspolarisierung der Bevölkerung aus. Hier gibt es sowohl überdurchschnittlich viele junge Menschen (unter 18 Jahren) als auch überdurchschnittlich viele ältere Menschen (über 65 Jahren). In Rieth ist der hohe Anteil älterer Menschen von 27,7 Prozent besonders auffällig, im Märkischen Viertel ist der Anteil an Kindern und Jugendlichen am höchsten (23,3 Prozent).

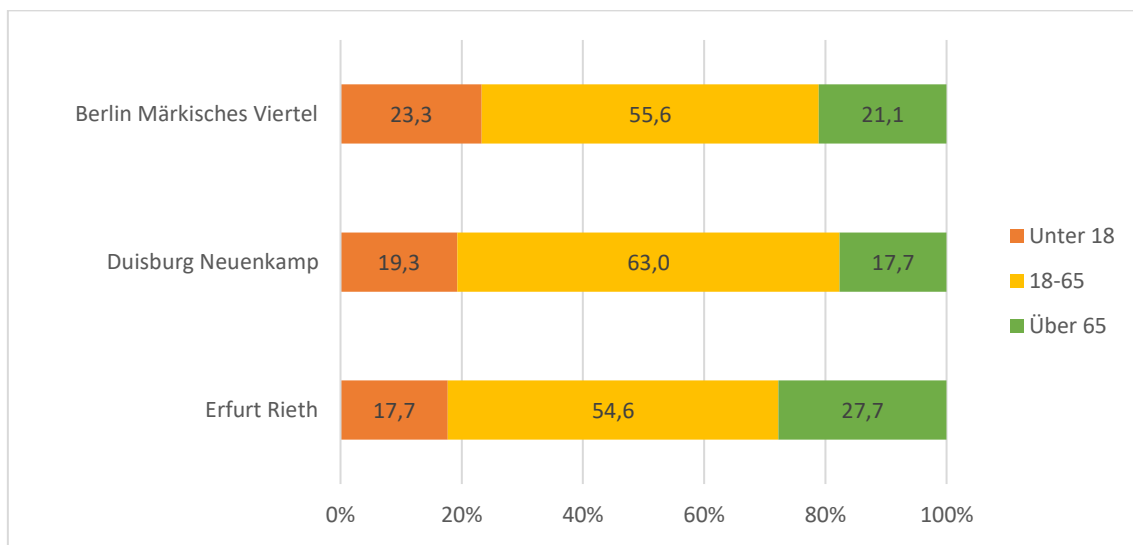


Abbildung 5: Altersstruktur im Quartiersvergleich

Eigene Darstellung basierend auf Stadt Duisburg 2018, Erfurt Landeshauptstadt Thüringen 2019b, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2019 © Minor

Ein weiterer Aspekt der Bevölkerungsstruktur, an dem sich interessante Unterschiede abzeichnen, ist der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund. Auch hier nimmt Duisburg Neuenkamp wieder eine relativ durchschnittliche Position ein, setzt man gesamt Duisburg als Maßstab an. Der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund liegt hier bei 42,6 Prozent und damit nur 1,9 Prozentpunkte höher als in Duisburg gesamt. Allerdings sei an dieser Stelle angemerkt, dass der Schnitt deutschlandweit lediglich bei 23,4 Prozent liegt (Zeit Online 2018) und Duisburg folglich eine Stadt ist, die ohnehin überdurchschnittlich stark durch Migration geprägt ist.

Erfurt hingegen lässt sich im Kontext dieses Vergleichs als klares Gegenteil zu Duisburg begreifen. Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung liegt hier lediglich bei 11,3 Prozent und damit weit unter dem deutschen Schnitt. In Erfurt Rieth hingegen liegt er mit 27,8 Prozent klar darüber. Rieth ist ein Quartier, das in den letzten Jahren ein hohes Maß an Neuzuwanderung von außerhalb Deutschlands erfahren hat. Dies zeigt sich daran, dass die häufigsten nichtdeutschen Herkunftsstaaten Syrien und Afghanistan sind, also jene Staaten, aus denen im Zuge der Fluchtzuwanderung der letzten Jahre die meisten Personen nach Deutschland geflohen sind. Kongruent dazu betrug die Netto-Bevölkerungssteigerung seit 2015 in Rieth prozentual 12,5 Prozent. Dieser Wert liegt weit über allen Vergleichswerten (Erfurt 1,5 Prozent,

Neuenkamp 5,1 Prozent, Märkisches Viertel 4,7 Prozent)⁴. Rieth wird folglich seit 2015 zunehmend durch Zuwanderung geprägt und ist gleichzeitig ein Quartier, in welchem bisher erst wenige Erfahrungen und Strukturen in Bezug auf Zuwanderung vorhanden sind.

Im Märkischen Viertel liegt der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu den Quartieren Rieth und Neuenkamp mit 47,8 Prozent am höchsten. Auch im Vergleich zu Berlin (34,1 Prozent) zeigt sich hier ein stark überdurchschnittlicher Wert. Hier handelt es sich zu großen Teilen um bereits alteingesessene Eingewanderte. Die häufigsten nichtdeutschen Staatsangehörigkeiten sind die türkische, die polnische, die russische sowie die libanesische. Daran wird deutlich, dass es sich beim Märkischen Viertel (wie auch Duisburg Neuenkamp) um ein Quartier handelt, in welchem bereits in vielfältiger Weise Erfahrungen mit Zuwanderung gemacht wurden. Dies ist ein klarer Unterschied zu Erfurt Rieth. Die überdurchschnittlichen Anteile an Personen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur jeweiligen Stadt lassen vor allem für Rieth und das Märkische Viertel die Frage aufkommen, in welchem Maß ethnische Segregation besteht und wie diese sich auf das Leben im Quartier auswirkt.

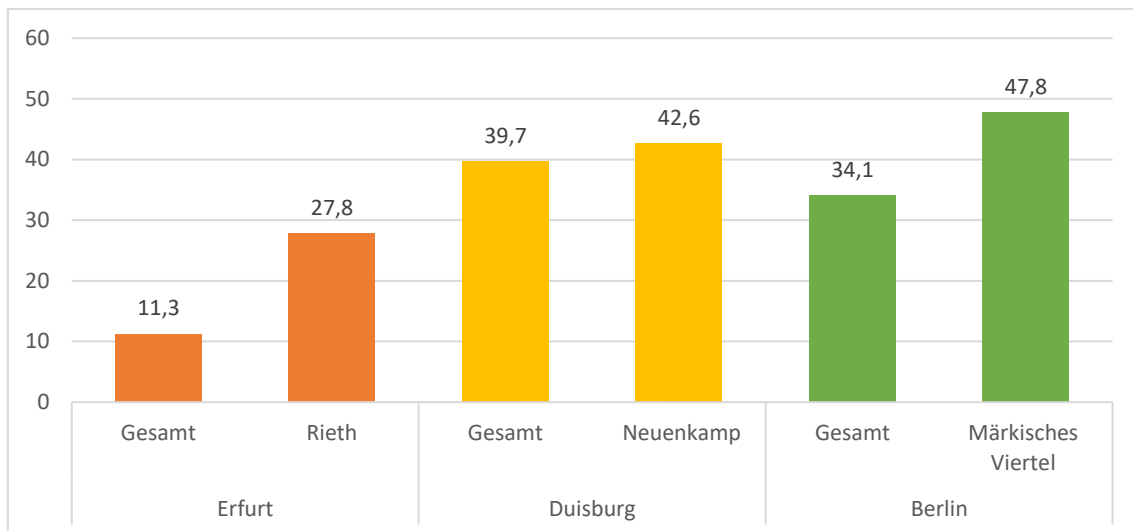


Abbildung 6: Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Anteile in Prozent

Eigene Darstellung basierend auf Stadt Duisburg 2018, Erfurt Landeshauptstadt Thüringen 2019a, 2019b, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2019 © Minor

3.1.3. Arbeit und Soziales

Die statistischen Kennwerte zu Arbeitslosigkeit und Transferleistungsbezug lassen sich nur eingeschränkt direkt zwischen den Quartieren vergleichen. Teilweise sind die Daten aus unterschiedlichen Jahren, teilweise schließen sich unterschiedliche Rechtskreise (Transferbezüge) mit ein. Nichtsdestotrotz weisen die Zahlen im Vergleich zur jeweiligen Stadt in der Tendenz auf eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit und höhere Anteile an Personen im Transferleistungsbezug in allen Quartieren. In Duisburg fallen die Unterschiede verhältnismäßig gering aus

⁴ Eigene Berechnungen nach Stadt Duisburg 2018, Stadt Erfurt 2019a, 2019b, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2019

– was in Bezug auf die Arbeitslosigkeit auch auf die hohe Quote in gesamt Duisburg zurückzuführen ist – während in Erfurt Rieth und dem Märkischen Viertel Berlin die überdurchschnittlich hohen Werte auf eine starke soziale Segregation im regionalen Kontext hinweisen (siehe Abbildung 7).

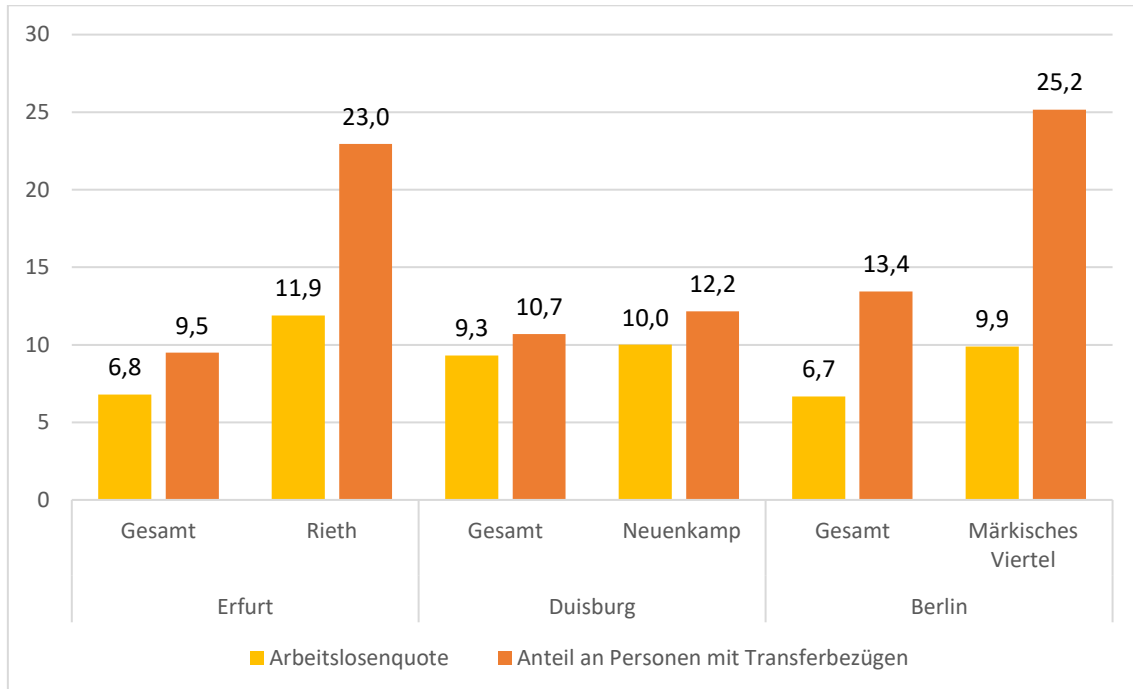


Abbildung 7: Arbeitslosenquote und Transferbezüge im Quartiersvergleich⁵, in Prozent

Eigene Darstellung basierend auf Stadt Duisburg 2018, Erfurt Landeshauptstadt Thüringen 2018a, 2019b, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2017 © Minor

3.1.4. Indikator: Wahlergebnisse der Bundestagswahlen 2013 und 2017

Eine gemeinsame Entwicklung der Quartiere ist die starke Zunahme der Wählerstimmen für die Alternative für Deutschland (AfD), hier gemessen an den Wahlergebnissen der Bundestagswahl 2013 und 2017. In allen Quartieren ist ein starker Anstieg der Stimmen für die Partei zwischen den zwei Wahlen zu beobachten. In 2013 lagen die Anteile der AfD in den Quartieren noch zwischen 4,9 und 6,8 Prozent. In allen Quartieren ist ein Anstieg um mehr als 10 Prozentpunkte zu beobachten (siehe Abbildung 8). Das höchste Ergebnis unter den hier betrachteten Quartieren erzielte die Partei in Erfurt Rieth mit 22,8 Prozent im Vergleich zu 18,5 Prozent in gesamt Erfurt. In Neuenkamp und dem Märkischen Viertel hingegen ist jeweils der Unterschied zur gesamten

⁵ Die Daten der verschiedenen Städte sind nicht direkt vergleichbar. Die Arbeitslosenquote für Duisburg und Erfurt und die Transferbezüge für Erfurt beziehen sich auf 2017, alle anderen Werte auf 2016. Bei den Transferbezügen sind für Erfurt und Berlin die Rechtskreise SGB II und XII enthalten, für Duisburg lediglich SGB II. Die Arbeitslosenquote für Erfurt Rieth ist nicht verfügbar. Daher haben wir hier einen vereinfachten Wert errechnet, der den Anteil der Arbeitslosen an allen Personen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren darstellt. Da hierunter nicht alle Personen als zivile Erwerbspersonen zu betrachten sind, dürfte der Wert real höher liegen. Die Werte sind hier dargestellt, um eine Tendenz abzubilden und nicht, um einzelne Werte direkt gegenüber zu stellen.

Stadt wesentlich höher, was allerdings mit dem Muster des Wahlverhaltens im breiteren regionalen Kontext übereinstimmt. In diesem Sinne unterscheiden sich Neuenkamp und das Märkische Viertel politisch mehr von ihrem städtischen Umland als das Rieth von Erfurt. Die Wahlerfolge der AfD können als Indikatoren für eine zunehmende Polarisierung des Zusammenlebens in den Quartieren angesehen werden. Zudem lassen die Inhalte der Partei die Vermutung zu, dass Bevölkerungsgruppen in den Quartieren vorhanden sind, die Ressentiments gegenüber Zugewanderten haben.

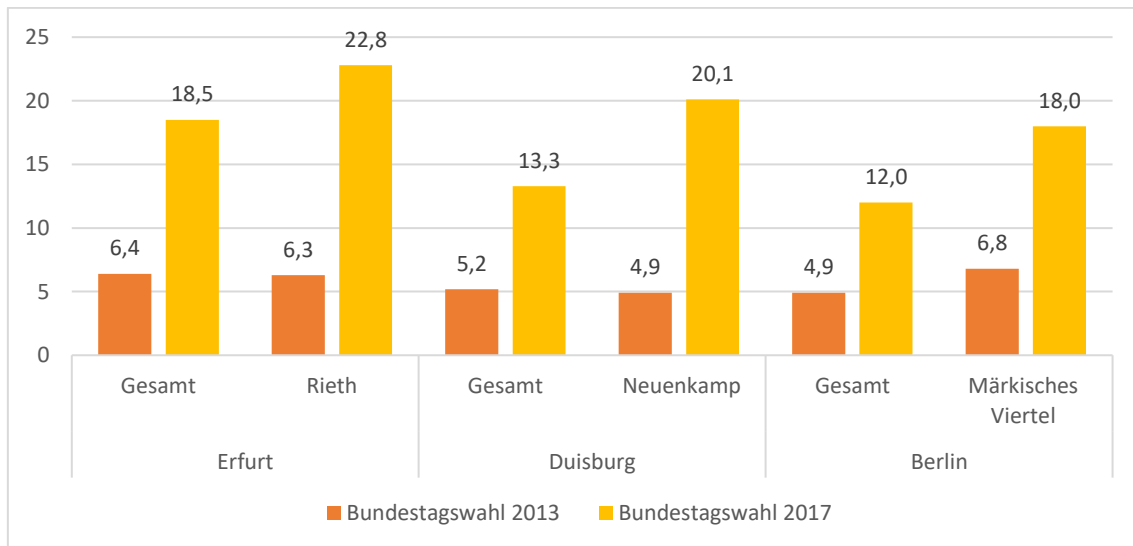


Abbildung 8: AfD-Wahlergebnisse (Zweitstimme) bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 im Quartiersvergleich, in Prozent

Eigene Darstellung basierend auf Berliner Morgenpost 2013, 2017; Baasen 2018; Erfurt Landeshauptstadt Thüringen 2014, 2018b; Stadt Duisburg 2017

Auch die Wahlbeteiligung bei den Wahlen ist aufschlussreich. Die Wahlbeteiligung ist in den Quartieren bemerkenswert niedrig und liegt überall weit unter dem städtischen Schnitt. Allerdings kann mit der deutlichen Zunahme in 2017 auf 62,6 Prozent (ggü. 48,9 Prozent in 2013), zumindest im Märkischen Viertel – sowie in geringerem Maße in Neuenkamp (52,5 Prozent ggü. 48,1 Prozent in 2013) – eine Politisierung beobachtet werden.

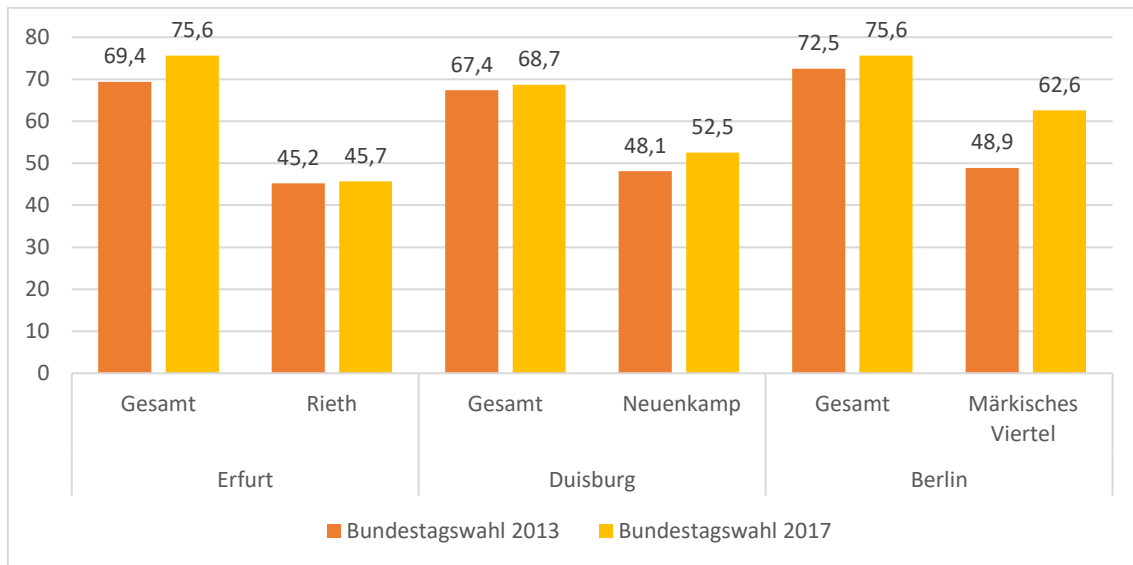


Abbildung 9: Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 im Quartiersvergleich, in Prozent

Eigene Darstellung basierend auf Berliner Morgenpost 2013, 2017; Baasen 2018; Erfurt Landeshauptstadt Thüringen 2014, 2018b; Stadt Duisburg 2017

3.1.5. Zwischenfazit

Der statistische Vergleich der Quartiere ergibt eine Reihe von tendenziellen Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede sind zu erkennen. Die Eigenschaften der Quartiere werden wir hier den Kategorien Push-, Kontext- und Pull-Faktoren zuordnen.

Als Kontextfaktoren sind der demografische Wandel, die Migrationspolitik sowie im Allgemeinen die jeweilige Stadtentwicklungspolitik zu nennen. In der Statistik lassen sich diese Kontextfaktoren nicht direkt beobachten. Die Zahlen geben zunächst Einblicke über potentielle Push- und Pull-Faktoren. Einige Kontextfaktoren werden später in den qualitativen Befragungen in den Quartieren deutlich.

Als gemeinsame Push-Faktoren (wenngleich mit unterschiedlichen Ausprägungen) sind die geographische Peripherie der Quartiere (hier über die Anbindung über den ÖPNV gemessen), die überdurchschnittlichen Ausprägungen der Arbeitslosigkeit und der Transferbezüge sowie die überdurchschnittlich hohen Anteile an migrantischer Bevölkerung zu nennen, kurz: die soziale und ethnische Segregation in den Quartieren. Gleichzeitig gibt es hier teilweise stark unterschiedliche Ausprägungen. Während im Rieth die Bevölkerung mit Migrationshintergrund erst in den letzten Jahren stark zugenommen hat, gibt es in Neuenkamp und im Märkischen Viertel schon weitaus länger Erfahrungen mit Zuwanderung. Auch die Altersverteilung ist in den Quartieren stark unterschiedlich. Während das Rieth am stärksten vom demografischen Wandel betroffen ist, zeigen sich im Märkischen Viertel eine Alterspolarisierung (viele junge und alte Menschen) und in Neuenkamp verhältnismäßig geringe Auswirkungen des demografischen Wandels. Auch die bauliche Struktur kann teilweise als Push-Faktor gesehen werden. Dies wird später in den Ergebnissen der qualitativen Befragung deutlich und an entsprechender Stelle ausgeführt.

Zudem zeigt sich mit der starken Zunahme der Werte der Wählerstimmen für die Alternative für Deutschland zwischen den letzten beiden Bundestagswahlen in allen Quartieren ein potentieller Pull-Faktor.

Tabelle 2: Potentielle Push-, Pull- und Kontextfaktoren in den Quartieren

Zwischenstand auf Basis der statistischen Analyse, Eigene Darstellung

Quartier / Faktoren	Berlin Märkisches Viertel	Duisburg Neuenkamp	Erfurt Rieth
Potentielle Kontextfaktoren	<ul style="list-style-type: none"> • Demografischer Wandel • (Neu-)Zuwanderung • Stadtpolitik Berlins 	<ul style="list-style-type: none"> • Demografischer Wandel • (Neu-)Zuwanderung • Stadtpolitik Duisburgs 	<ul style="list-style-type: none"> • Demografischer Wandel • (Neu-)Zuwanderung • Stadtpolitik Erfurts
Potentielle Push-Faktoren	<ul style="list-style-type: none"> • Stark periphere Lage in Berlin • Hohe soziale Segregation • Hohe ethnische Segregation • Mäßige Neuzuwanderung • Alterspolarisierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Mittlere periphere Lage in Duisburg • Mäßige soziale Segregation • Geringe ethnische Segregation • Geringe Neuzuwanderung 	<ul style="list-style-type: none"> • Mittlere periphere Lage in Erfurt • Hohe soziale Segregation • Neue hohe ethnische Segregation • Prozentual schneller Anstieg der Neuzuwanderung • Überalterung
Potentielle Pull-Faktoren	<ul style="list-style-type: none"> • Überdurchschnittliche Wahlerfolge der AfD (Bundesweiter Vergleich) • Stark überdurchschnittliche Wahlerfolge der AfD (lokaler Vergleich) 	<ul style="list-style-type: none"> • Überdurchschnittliche Wahlerfolge der AfD (Bundesweiter Vergleich) • Stark überdurchschnittliche Wahlerfolge der AfD (lokaler Vergleich) 	<ul style="list-style-type: none"> • Stark überdurchschnittliche Wahlerfolge der AfD (Bundesweiter Vergleich) • Überdurchschnittliche Wahlerfolge der AfD (lokaler Vergleich)

3.2. Aspekte des Zusammenlebens

Im Folgenden sind die Ergebnisse aus den qualitativen Fokusgruppeninterviews gegenübergestellt. Wir schauen explizit auf die wichtigsten Themen, die sich in den Gesprächen herausstellen. Dabei fällt eine Vielzahl an Gemeinsamkeiten auf, die die ähnliche Lage der hier betrachteten Quartiere unterstreicht.

3.2.1. Allgemeines Zusammenleben und Entwicklungen in den Quartieren

In den Gruppengesprächen wird das allgemeine Zusammenleben in den Quartieren sowohl innerhalb als auch zwischen den Quartieren unterschiedlich bewertet. In Erfurt Rieth und Duisburg Neuenkamp sind die Stimmen ambivalent, in Rieth liegen die Aussagen zwischen „relativ harmonisch“ und „angespannt“, in Neuenkamp zwischen „stabil“ und einer „negativen Veränderung des Zusammenlebens“. Im Märkischen Viertel Berlin wird das Zusammenleben als „friedlich“ und „größtenteils positiv“ bewertet. Trotzdem nehmen vor allem Zugewanderte auch hier eine Zunahme an Kriminalität und negativen Erfahrungen wahr (Ress 2019a, Montero 2019, Siegert 2019, Projektergebnisse). Bei der Betrachtung der einzelnen Aspekte zeigen sich jedoch bemerkenswert ähnliche Entwicklungen. So nehmen in allen Quartieren Anonymität und Nachbarschaftskonflikte, insbesondere Hausordnungsverstöße, Lärmstörungen und Verschmutzung zu. In allen Quartieren wird eine Polarisierung der Bevölkerung beschrieben, insbesondere zwischen Zugewanderten und Altmieterschaft bzw. entlang verschiedener Sprachlinien (ebd.). Bedeutend erscheint auch, dass nicht nur Neuzugewanderte, sondern auch Zugewanderte, die teilweise schon länger als zehn Jahre in den Quartieren leben, eine zunehmende Barriere zu ihren deutschen Nachbarinnen und Nachbarn ohne Zuwanderungsgeschichte wahrnehmen.

Zudem werden in den Quartieren einige Entwicklungen wahrgenommen, die bedeutend für die allgemeine Lage in den Quartieren erscheinen. Im Märkischen Viertel ist auffällig, dass im Gegenteil zum Rieth und zu Neuenkamp sich eine Veränderung des Wohnungsmarktes in den letzten Jahren abgezeichnet hat. Inzwischen gibt es im Märkischen Viertel kaum noch Leerstand und eine geringere Fluktuation der Mieterschaft. Dies hängt vor allem mit dem steigenden Wohnungsmangel in gesamt Berlin zusammen. Die GESOBAU baut daher derzeit im Märkischen Viertel 140 neue Wohnungen (GESOBAU 2019). Im Rieth und in Neuenkamp ist der Wohnungsmarkt entspannt, in Neuenkamp wird über eine Verschlechterung des Zustands von bestimmten Häusern geklagt (Montero 2019, Ress 2019a).

Ein weiterer Punkt ist die Vernetzung, das soziale Angebot sowie die Verfügbarkeit von Begegnungs- und Veranstaltungsräumen. Im Märkischen Viertel besteht ein breites Netzwerk⁶ an Sozialträgern, die untereinander gut vernetzt sind und auch eng mit anderen Akteuren (Wohnungsunternehmen, Behörden, Bildungseinrichtungen etc.) im Quartier zusammenarbeiten. Jedoch sind die bisherigen Angebote häufig zu stark auf Seniorinnen und Senioren zugeschnitten, für Zugewanderte öffnet sich das Netzwerk erst allmählich (vgl. Siegert 2019). In Neuenkamp wird auch von einer guten Vernetzung der Träger mit der GEBAG berichtet, jedoch mangle es

⁶ Siehe Netzwerk Märkisches Viertel: <https://www.netzwerkmv.de/>

an Begegnungs- und Veranstaltungsräumen, auch haben in den letzten Jahren zwei Kirchen und eine Schule im Quartier schließen müssen. Das Angebot ist hier doch eher eingeschränkt (Montero 2019). Auch im Rieth wurde uns vom Treff- und Informationspunkt (TiP)⁷ als einzig verfügbarem Begegnungsort berichtet. Auch wird hier der Mangel an Einkaufsmöglichkeiten beklagt (Ress 2019a). Was allen Quartieren jedoch gleich ist, ist die mangelnde Erfahrung mit politischer Bildungsarbeit.

Im Zuge der Fluchtzuwanderung der letzten Jahre erleben alle untersuchten Quartiere einen Wandel. Im Rieth wird dieser jedoch deutlich stärker erlebt als in den anderen beiden Quartieren, nicht zuletzt, weil hier erst wenig Erfahrungen mit Zuwanderung bestehen.

3.2.2. Zuwanderung und Integration

„Keiner will mehr außer ‚Hallo‘ zu sagen.“ (Zugewanderte⁸, Märkisches Viertel Berlin)

Zuwanderung und die Auswirkungen dieser waren in den Gruppengesprächen das bedeutendste und meist diskutierte Thema in Bezug auf das Zusammenleben im Viertel. In allen Quartieren werden Vielfalt bzw. Differenz von alteingesessenen Mieterinnen und Mietern als negativ wahrgenommen. Dies äußert sich in Ängsten, Vorbehalten, Alltagsrassismus und nicht zuletzt einer Anpassungserwartung, die sich an Zugewanderte richtet.

„[...] wir haben wirklich viel mit der Kripo hier zu tun und gerade auch, gibt es auch richtige Problemmieter, was Vermüllung angeht, was schon extrem ist, die die generell anders leben und eine andere Einstellung vielleicht auch haben und sich nicht anpassen wollen, [...] weil vielleicht schon so viele Leute mit Migrationshintergrund hier sind, übertrieben gesagt, verlangen sie dann, dass wir, also die Deutschen, uns integrieren, das ist schon in manchen Wohnhausgruppen grenzwertig. Also da, wo sie sich integrieren wollen, da, denke ich, da funktioniert's [...].“ (Hausmeister, Märkisches Viertel Berlin)

In diesem Zitat wird die Debatte über den Integrationsbegriff angeschnitten. Hier wird im ersten Teil deviantes Verhalten mit Migrationshintergrund verbunden und im zweiten Teil unter Integration eher eine Assimilation verstanden, ein Anpassen von Menschen mit Migrationshintergrund, die als Andere markiert werden, an vermeintlich deutsche Normen und Werte. Ähnliche Vorstellungen von Integration fanden sich auch in Duisburg Neuenkamp und Erfurt Rieth (Ress 2019a, Montero 2019).

Für ein funktionierendes Zusammenleben in Quartieren einer Einwanderungsgesellschaft sollte Integration nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte anders verstanden werden: Als Prozess des gemeinsamen Aushandelns von Regeln des Zusammenlebens, das auf eine gegenseitige

⁷ TiP Kasseler Straße 1, MitMenschen e.V.: <http://mmev.de/dienstleistungen/kooperation-mit-der-kowo-erfurt/unser-tip-in-der-kasseler-strasse.html>

⁸ Im Folgenden wird zwischen (Neu-)Zugewanderten und Eingewanderten unterschieden. Erstere sind dabei Menschen, die erst seit kürzerer Zeit der Bundesrepublik aufhältig sind, während Eingewanderte dauerhaft in Deutschland leben. Siehe dazu auch das Glossar der Neuen deutschen Medienmacher*innen: <https://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/einwanderer/>

Annäherung und ein Kennenlernen abzielt. Damit kann Pluralität positiv erfahren und Konflikte ausgetragen werden (vgl. Hess 2014: 30f., Foroutan 2014: 38). Ein solcher Integrationsprozess ist eine Notwendigkeit für das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft. Damit hängt auch zusammen, wer als „Deutsch“ gilt und wer nicht. Deutschsein wird in den Quartieren eher anhand Hautfarbe und Namen gemessen als an der Staatsangehörigkeit. Auch Personen mit Migrationshintergrund der zweiten oder dritten Generation werden von Menschen ohne Migrationshintergrund oft nicht als Deutsche und nicht als gleichwertige Mitbürgerinnen und Mitbürger gesehen, berichten alteingesessene Eingewanderte.

Von Seiten der Wohnungsunternehmen stellt die soziale Durchmischung der Mieterschaft bei der Belegung der Wohnungen durchaus ein Ziel dar. Trotzdem gelingt das nicht immer, wie im folgenden Zitat sowie anhand der allgemeinen Thematisierung von „Problemhäusern bzw. -blöcken“ (im Rieth und im Märkischen Viertel) deutlich wird.

„Ich denke, dass man bei bestimmten Häusern aufpasst, wen man da reinsetzt. Also wenn da noch wirklich ein ganz ordentliches Haus [ist ...] und ich habe vielleicht die Wahl und in einem anderen Haus wird eine Wohnung frei und da sind schon drei, da ist es schon ein bisschen schlimmer, dann gut, das Haus lassen wir ordentlich.“
(Kundenbetreuer, Märkisches Viertel Berlin)

Entsprechend dieser Aussage wurde in Gesprächen mit Wohnungsunternehmen in den Quartieren auch deutlich, dass der Begriff des „Ankunftsquartiers“ eher negativ konnotiert zu sein scheint und eine Selbstbezeichnung der Quartiere als „Ankunftsquartiere“ abgelehnt wird. Kurtenbach (2015) beschreibt Ankunftsgebiete als Quartiere, die sich vordergründig durch hohe Bevölkerungsanteile an ethnischen Bevölkerungsgruppen und von Armut betroffenen Menschen auszeichnen.

„Ankunftsgebiete fungieren demnach sinnbildlich als ‚Durchlauferhitzer‘ für eine Vielzahl von Migranten, was im Rahmen integrationsfördernder Maßnahmen genutzt werden könnte, denn dort wären Investitionen in und Angebote für arbeitssuchende Neuankömmlinge am effektivsten.“ (Kurtenbach 2015: 309)

Entgegen diesem Fokus auf die Potentiale dieser Situation, sahen die Mitarbeitende der Wohnungsunternehmen in unseren Gesprächen diese Bezeichnung als gleichbedeutend mit „Problemquartier“, einer Verstärkung von Trends wie sinkenden Mietpreise, hoher Mieterfluktuation sowie sozialer und ethnischer Segregation. Anstelle des Ankunftsquartiers betonten unsere Gesprächspartner die Idee einer Belegungspolitik mit dem Ziel, eine „gute“ Mischung verschiedener sozialer Gruppen im Quartier zu erreichen.

In allen Quartieren ist eine Kontaktscheu zwischen (Neu-)Zugewanderten und der etablierten Bevölkerung zu beobachten, z. B. auf Festen, auf Veranstaltungen, im öffentlichen Raum. (Neu-)Zugewanderte klagen, dass sie trotz entsprechender Bemühungen wie einer Einladung zum Kaffee auf taube Ohren ihrer Nachbarn stoßen und berichten in allen Quartieren von einer Skepsis ihnen gegenüber, die sie im Alltag erfahren. Teilweise erleben sie auch Anfeindungen und Rassismus. Im Märkischen Viertel wird die Stigmatisierung auch mit der zentralen Unterbringung in einer Unterkunft für Geflüchtete verbunden, die erst seit kurzem bezogen ist.

„Ich weiß nicht, woran das liegt, dass niemand Kontakt mit uns sucht oder aufbaut. Vielleicht liegt es daran, dass sie Angst vor uns haben. [...] Keine Ahnung, aber ich merke, dass sie auch nicht versuchen solche Kontakte mit uns aufzubauen. Es wäre gut, wenn sie denken, dass wir auch Menschen sind, dass wir ein ganz normales Leben führen wollen, dass wir keine Außerirdischen sind.“ (Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft, Märkisches Viertel Berlin, übersetzt)

*„Viele ältere oder Alteingesessene, die haben sich entweder so krass verändert, dass man [die] gar nicht mehr wirklich wiedererkennt, also sie sind so in sich gekehrt.“
(Bewohnerin, Duisburg Neuenkamp)*

In allen Quartieren ist eine Parallelität des Zusammenlebens verschiedener Gruppen zu erkennen. Dabei konstituieren sich die Communities vorwiegend entlang der Sprache. Sprachbarrieren zwischen den Communities stellen damit weiterhin einen entscheidenden Faktor für das mangelnde Miteinander dar. Hierin ist auch ein Grund zu sehen, dass die selbstständige Konflikttaushandlung zwischen Mieterinnen und Mietern bei unterschiedlichen Sprachhintergründen Mediation bedarf. Für Neuzugewanderte nehmen Eingewanderte häufig eine unterstützende Rolle ein und sind damit wichtige Mittler zwischen Neuzugewanderten und der etablierten Nachbarschaft.

*„Dann ist für mich die Frage, rede ich jetzt mit der Frau mit dem Kopftuch, versteht die mich überhaupt? Oder wenn ich mit ihr rede, dann wird mich der andere Deutsche nicht grüßen.“
(Anwohnerin, Erfurt Rieth)*

*„Ich denke, man muss ein bisschen Geduld haben. Wenn die Nachbarn sehen, dass es Frieden hier gibt, dass alles gut läuft, dann verändern sie vielleicht ihre schlechten Eindrücke und machen gute Erfahrungen und vielleicht wird dadurch alles besser gehen.“
(Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft, Märkisches Viertel Berlin, übersetzt)*

Im Allgemeinen taucht der Faktor Zeit in den Interviews immer wieder auf. Neuzugewanderte hoffen auf eine Abnahme der Stigmatisierung mit der Zeit. Eingewanderte fühlen sich zumeist schon deutlich sicherer und haben mehr Kontakte zu ihren Nachbarn, nicht zuletzt aufgrund besserer Kenntnisse der deutschen Sprache. Wiederum anders gestaltet sich die Situation für Kinder aus Einwanderungsfamilien. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind bereits viel weniger angepasst als ihre Eltern. Während sich die erste Generation Eingewanderter eher assimiliert – auch aufgrund des größeren Anpassungsdrucks und schwererem Erlernen der Sprache – beanspruchen Kinder und Jugendliche der zweiten Generation mehr Rechte und Respekt.

*„Meine Tochter [ist] die einzige, die Kopftuch trägt in ihrer Klasse. Aber sie ist richtig beliebt [...]. Eine Lehrerin war am Anfang gemein zu meine[r] Tochter. Sie hat immer versucht [...] schlecht über Muslime zu reden. Aber meine Tochter [...] ist zum Schulleiter gegangen. [...] Und [...] es ist ein bisschen besser geworden. [...] Jetzt versucht sie (die Lehrerin) immer Komplimente meiner Tochter zu geben.“
(Integrationslotsin und Anwohnerin, Märkisches Viertel Berlin)*

Auch lässt sich anhand des Faktors Zeit ein Unterschied zwischen den Quartieren erkennen. Im Märkischen Viertel und in Neuenkamp ist Migration kein neues Phänomen. Hier scheinen sich Strukturen und ein Netzwerk aufgebaut zu haben, die Zugewanderte gezielt unterstützen und

für ein vielfältiges Zusammenkommen verschiedenster Gruppen von Mieterinnen und Mietern werben. Im Vergleich dazu steht das Rieth noch relativ am Anfang dieses Prozesses, auch wenn dieses Quartier bereits seit den 1980er Jahren Zuwanderung aus dem Ausland erfahren hat. Aufgrund des geringeren Umfangs dieser Zuwanderungen u. a. aus Polen, Vietnam und Ungarn hatten sich bisher keine vergleichbaren Strukturen etabliert. Dementsprechend scheint die die wahrgenommene Geschwindigkeit und Ausmaß der Bevölkerungsveränderung im Kontext der Neuzuwanderung seit 2015 in Erfurt Rieth am höchsten unter den drei Quartieren zu sein.

Zeit und (Infra-)Strukturen, welche die verschiedenen Auswirkungen der Veränderungen in den Quartieren auffangen können, sind folglich wesentliche Aspekte. Quartiere müssen lernen mit den Veränderungen durch Migration umzugehen. In Neuenkamp wird insbesondere die Bedeutung des Aushandelns und der Klärung der Regeln betont: Regeln der Kommunikation und des Umgangs miteinander. Hierfür seien Begegnungsräume und Schnittpunkte besonders wichtig, um ins Gespräch zu kommen. In allen Quartieren mangelt es an solchen Begegnungsräumen.

Im Grunde genommen ist es so, dass jeder Mensch von uns eigentlich ja gesehen werden möchte verstanden werden möchte [...] und die Menschen haben unterschiedliche Bedürfnisse [...]. Das ist ein dynamischer Prozess der immer wieder sich verändert und dass man vielleicht da auch gucken muss, dass man Kommunikationsregeln erarbeiten muss, im Dialog.“
(Sozialträger, Duisburg Neuenkamp)

3.2.3. Nachbarschaftskonflikte und Radikalisierung

„Wir haben hier ein kleines Problem mit den Kindern nach 20 Uhr auf dem Spielplatz.“
(Anwohnerin, Erfurt Rieth)

Die Wohnungsunternehmen berichten von einem Anstieg an Beschwerden und auch unter Mieterinnen und Mietern wird eine Zunahme an Konflikten wahrgenommen. Zumeist handelt es sich dabei um klassische Nachbarschaftskonflikte, wie Lärmbelastungen (insbesondere durch Kinder) und Vermüllung bzw. nicht ordnungsgemäßem Umgang mit der Infrastruktur (Verstöße gegen die Hausordnung). Auch von Vorfällen wie Drogenhandel und Sachbeschädigungen wird berichtet. Diese stehen aber häufig in Zusammenhang mit unterschiedlichen Normenvorstellungen verschiedener Communities.

„Ich würde sagen, alle Konflikte, die hier sind, sind so klassische Normenkonflikte. Also verschiedene Kulturen, verschiedene Lebenswelten, die eine geht davon aus, dass wenn ich meine Sonnenblumenkerne, wenn ich die esse einfach auf den Boden werfe und die andere, die denkt, ey, warum machst Du das nicht weg [...]. Aber die Frage auf welche Norm einige ich mich, hier als multikulturelles Viertel, ist ein lebenslanger Aushandlungsprozess, das wird man hier immer haben.“ (Sozialarbeiter, Märkisches Viertel Berlin)

Dabei werden – auch aufgrund von Sprachbarrieren – Konflikte häufig nicht selbstständig ausgehandelt und die Wohnungsunternehmen bzw. deren Mitarbeitende werden zu wesentlichen Ansprechpartnern. Jedoch ist anhand der Berichte nicht davon auszugehen, dass Konflikte vorwiegend zwischen (Neu-)Zugewanderten und etablierter Bevölkerung auftreten, wie im folgenden Zitat deutlich wird.

„Meine größten Problemmieter, die ich habe, die haben keinen Migrationshintergrund, die haben alle deutsche Nachnamen, das sind aber auch die, die beleidigen, ausfallend werden, aber wirklich sehr ausfallend und sehr beleidigend.“ (Hausmeister, Märkisches Viertel Berlin)

Von Radikalisierungen wird nicht direkt berichtet. Es ist aber davon auszugehen, dass es sich hierbei zum einen um ein Thema handelt, über das nicht offen gesprochen wird und auch, dass „betroffene“ Personen schwer erreichbar sind. Auch kann Radikalisierung schleichend verlaufen. Möglich ist, dass bereits die Wahrnehmung einer allgemeinen höheren Unsicherheit durch Mieterinnen und Mieter in allen Quartieren ein Indiz für eine zunehmende Polarisierung, wenn nicht Radikalisierung darstellt.

„Wo Mieter wohnen, mit rechtem Potential, dann versuchen wir natürlich ausländische Mieter nicht als Nachbarn zu platzieren. Da kam es auch schon zu Bedrohungen.“ (Mitarbeiter KoWo, Erfurt Rieth)

3.2.4. Teilhabe und Engagement

„Es gibt so einen harten Kern an Menschen, die hier ganz viel machen und wenn man so ein wenig rauskommen möchte aus seiner Anonymität und etwas tun möchte, dann hat man die Chance dazu und die Zusammenarbeit ist mega gut, aber es gibt noch diese große Masse an anonymen Menschen. Ich sag mal so, die Nachbarn untereinander leben jetzt nicht Nachbarschaft per se, das geht sehr von den Trägern aus und die versuchen das dortige Miteinander zu vernetzen und die, die sich trauen und Lust haben, kommen in eine große Familie, die anderen bleiben halt unter sich oder für sich.“ (Sozialarbeiter und Anwohner, Märkisches Viertel Berlin)

Es scheint als eine der wesentlichen Fragen für die drei Quartiere wie Teilhabe für die vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen verbessert werden kann. Bisher scheinen Mieterinnen und Mieter in allen Quartieren im Ganzen wenig in die Quartiersgestaltung eingebunden, (Neu-)Zugewanderte umso weniger. Gleichzeitig klagen Sozialträger und die Wohnungsunternehmen über mangelndes Engagement und Interesse, sich zu beteiligen. Auch in den Fokusgruppen mit Zugewanderten wurde Engagement nur am Rande diskutiert. Bei dieser Gruppe scheinen bisher andere praktische Fragen relevanter.

Das prominenteste Beteiligungsformat in allen Quartieren sind die Mieterbeiräte. Mieterinnen und Mieter können sich zur Wahl stellen, um ihr Wohnhaus gegenüber den Wohnungsunternehmen zu vertreten. Dabei sind die Kommunikation der Belange der Mieterschaft und die Gestaltung des Wohnumfeldes explizites Ziel.⁹ Hierbei gibt es jedoch zwei Schwierigkeiten: zum einen berichten die Unternehmen, dass sie Schwierigkeiten haben überhaupt Mieterinnen und Mieter zu bewegen, sich für den Mieterbeirat aufzustellen, zum anderen ist die Wahlbeteiligung in der Regel sehr gering und die Mieterbeiräte folglich nicht wirklich repräsentativ. Ein- und Zugewanderte fehlen meist vollkommen. Auch beschränken sich die Aufgaben der Mieterbeiräte in der Praxis zumeist auf Aushänge in den Häusern und insgesamt eher auf die Information der Mieterschaft über Vorhaben und Veränderungen der Wohnungsunternehmen. Damit scheint

⁹ Siehe z. B. Leitlinien für Mieterbeiräte Berlin (Die Landeseigenen 2018)

das Format der Mieterbeiräte starr und nicht geeignet, um den Veränderungen in den Quartieren zu begegnen. Weder fördern die Mieterbeiräte den Austausch innerhalb der Mieterschaft noch haben die Mieterbeiräte Einfluss auf Entscheidungen der Quartiersentwicklung.

Anderweitig beschränken sich die Teilhabeformate und -angebote zumeist auf Einzelveranstaltungen. In Neuenkamp gibt es zwar einen Runden Tisch, der jedoch exklusiv für eine kleine Gruppe an etablierten Vereinen und Institutionen ist und sich nicht offen für andere Gruppen von Mieterinnen und Mietern zeigt.

„[...] die Bereitschaft [des Runden Tisches] sich zu öffnen war bei der letzten Runde nicht so groß [...] Es war eigentlich nie so, dass Bürger teilnehmen. Das hat sich jetzt auch ein bisschen abgeschliffen. Wir suchen nach Begründungen warum diese Bürger jetzt teilnehmen können.“
(Parteienvertreter, Duisburg Neuenkamp)

Generell ist das Interesse an Angeboten oft sehr gering. Im Märkischen Viertel gibt es viele Angebote und offene Ansprechpartner, die offen für Ideen selbstständigen Engagements sind. Allerdings sind Angebote häufig nicht bekannt oder erreichen die Zielgruppen nicht und selbstständiges Engagement findet nur wenig statt.

„Also, wenn jetzt bei uns jemand ankäme und super selbstständig wäre, würde ich auch sagen: ‚Gerne, bitte.‘ Ich hab nur nicht die Kapazitäten [...] Freiwilligenmanagement zu machen. Es gibt aber Einrichtungen wo das durchaus möglich ist. [...] Da ist [...] jeder Träger hier durchaus offen dafür, je nach Möglichkeiten. Passiert nicht so viel. [...] Das Interesse ist nicht so da.“
(Koordinatorin der Integrationslotsinnen, Märkisches Viertel Berlin)

In Neuenkamp scheint die Lage etwas anders. Hier werden Ein- und Zugewanderte von Angeboten zwar auch nur wenig erreicht, hier läge es aber vor allem an mangelnder Kenntnis der Angebote und teilweise mangelndem Vertrauen. Ein- und Zugewanderte selbst berichten von einem starken Wunsch Angebote wahrzunehmen.

Ein weiterer Aspekt, der entscheidend scheint, ist das mangelnde Vertrauen in die Behörden. Insbesondere Neuzugewanderte berichten von einer Angst vor Institutionen wie der Polizei oder des Jugendamtes. Auch stellt die schriftliche Bürokratie eine große Hürde für Zugewanderte dar.

3.2.5. Kinder und Familien

„Es gibt vielleicht viele Spielplätze für die Kinder, aber wir wollen etwas, wo die Kinder etwas lernen können, z. B. Musik oder Sport, wo sie nicht einfach nur spielen.“
(Anwohner, Märkisches Viertel Berlin, übersetzt)

Weiteres Thema in unseren Befragungen – besonders im Märkischen Viertel und im Rieth – ist die Situation von Familien in den Quartieren. Viele Wohnungen in den Quartieren seien nicht familieneeignet oder das Angebot an großen Wohnungen sei zu gering. Im Allgemeinen sei es schwer für Familien eine geeignete Wohnung zu finden. Dies führe teilweise zu schlechten Wohnverhältnissen aufgrund zu kleiner Wohnungen. Auch seien Nachbarschaften häufig nicht kinderfreundlich. Dass Kinder von Nachbarn häufig als Störung wahrgenommen würden, führe unter Umständen dazu, dass Wohnungen nicht an Familien vergeben werden.

Zudem wird von unzureichenden Angeboten für Kinder und Jugendliche berichtet, angefangen bei einem Mangel an Kindergartenplätzen und Betreuungsangeboten in Schulen. Dieser führe zu einer starken Belastung für Mütter, insbesondere unter Zugewanderten, die aufgrund mangelnder Betreuungsangebote z. B. nicht an Deutschkursen teilnehmen können.

„Wir haben so viele Deutschkurse, aber [... leider] nicht mit [Kinder-]betreuung. [...] die Eltern finden keinen Platz für ihre Kinder und sie können nicht zu[m] Deutschkurs gehen. Ich kenne so viele Frauen, die gern zum Deutschkurs gehen möchten, aber sie können nicht, wegen der Kinder.“ (Integrationslotsin und Anwohnerin, Märkisches Viertel Berlin)

Auch sind die Angebote im Rieth nicht immer bekannt oder es besteht ein mangelndes Vertrauen in die Angebote. Insbesondere bei Zugewanderten bestehen Ängste, dass sie die Kontrolle über ihre Kinder verlieren. Das Vertrauen in die Angebote sei hier besonders entscheidend, damit die Eltern sich trauen, ihre Kinder in Betreuung zu geben.

„Ein großes Problem ist, dass sie über diese Angebote [für Kinder] keine Ahnung haben. Es braucht unbedingt Angebote [und mehr Beschäftigung] für die Kinder, besonders für Jugendliche. Aber das ist natürlich nicht KoWo-Aufgabe.“ (Mitarbeiterin KoWo, Erfurt Rieth)

Im Märkischen Viertel wird ein weiterer Aspekt deutlich. Kinder aus Zuwanderungsfamilien stehen häufig unter einem besonderen Druck. Sie lernen die deutsche Sprache schneller und können Integrationsträger der ganzen Familie werden. Hier besteht die Gefahr, dass Kinder überfordert werden und gleichzeitig die Eltern zurückbleiben, wenn sie die Aufgaben an ihre Kinder abgeben. Daher wird die Arbeit mit Müttern als besonders wichtig eingeschätzt.

„Wir geben viel Interesse an unsere Kinder. Wir wollen nicht, dass unsere Kinder auch die Sprache nicht beherrschen können [...] und deswegen geben wir all unsere Kraft für unsere Kinder. So, dass sie das schaffen können und dass sie sich überall integrieren können. Weil wir das nicht schaffen können.“ (Zugewanderter, Märkisches Viertel Berlin, übersetzt)

Frauen sind zudem jene Gruppe, die am häufigsten von Familiengewalt betroffen sind. Integrationslotsinnen im Märkischen Viertel berichten von Fällen, in denen Frauen sich erst nach Jahren Hilfe suchen. Muslimische Familien seien hier auffällig. Die Frauen wissen dabei häufig nicht über ihre Rechte in Deutschland Bescheid und haben kein Vertrauen in Institutionen oder wissen nicht wem sie sich zuwenden können. Auch kulturelle Aspekte wie die Empfindung von Schande spielen eine Rolle.

„Wir müssen den Frauen bewusst machen, dass sie in Deutschland Rechte haben.“ (Integrationslotsin, Märkisches Viertel Berlin)

3.2.6. Sprache

„Das hat auch mit der Sprache zu tun – wenn sie einen Brief bekommen, können sie nicht gleich richtig reagieren. Manchmal fragen sie die falsche Person um Rat [über den Brief]. Und geht das leicht in die falsche Richtung.“ (Anwohnerin, Erfurt Rieth)

Für Zugewanderte stellt das Erlernen der deutschen Sprache eine große Hürde dar, sowohl im Alltag als auch im Umgang mit den Behörden. Insbesondere am Anfang wird Angst und Scham empfunden. Deutschkurse funktionieren jedoch im Allgemeinen sehr gut und mit der Zeit zeigen sich die Erfolge. So berichten Integrationslotsinnen und -lotsen mit Stolz von der stark verbesserten Selbstständigkeit bei Telefonaten, Behördengängen oder Bewerbungen ihrer Klientinnen und Klienten.

„Ich habe Kunden, die [...] kaum ein Wort Deutsch sprechen konnten, aber jetzt [eine] Ausbildung machen. Das freut mich sehr. Jeder Schritt, [bei dem ...] wir geholfen haben [...], das ist ein Erfolg für die Person, aber auch ein Erfolg [für ...] uns.“
(Integrationslotsin, Märkisches Viertel Berlin)

Der Zugang zu den Deutschkursen muss jedoch gewährleistet sein. Wie oben bereits erwähnt, scheint insbesondere der Zugang für Frauen mit jungen Kindern verbesserungswürdig. Wenn in den ersten Jahren nach der Ankunft nicht gut Deutsch gelernt wird, besteht das Risiko, dass das Sprachniveau auf einem niedrigen Level bleibt.

„Die Mieter haben immer Angst zu sprechen [...] Wegen der Sprache, es gibt Leute [die] wohnen hier seit zehn Jahren und sie sagen wir können nicht alles verstehen.“
(Integrationslotse, Neuenkamp)

Wenn unzureichende Sprachlernangebote fehlende Sprachkenntnisse unter Neuzugewanderten zur Folge haben, kann sich das auch negativ auf das nachbarschaftliche Zusammenleben auswirken, z. B. indem es die Entstehung von getrennten, sprachbasierten Communities befördert.

3.3. Zwischenfazit

Im Allgemeinen ist die Lage in den Quartieren bemerkenswert ähnlich. In allen Quartieren wurde überwiegend von den gleichen Themen und Herausforderungen berichtet. Zuwanderung und Integration waren omnipräsent. Aus den Ergebnissen der qualitativen Befragungen lassen sich eine Vielzahl potentieller Push-Faktoren sowie einige Indizien für Kontextfaktoren für potentielle Radikalisierungen ableiten. Pull-Faktoren ergeben sich aus den Ergebnissen nicht. Da die Faktoren für alle Quartiere in ähnlichem Maße zutreffen, wird hier keine Tabelle wie zuvor dargestellt.

3.3.1. Potentielle Push-Faktoren für Radikalisierungen

In den drei Quartieren besteht mangelnder Kontakt zwischen verschiedenen Communities, die sich vor allem entlang der gemeinsamen Muttersprache konstituieren. Die Anonymität in den Vierteln nimmt zu und es wird eine Zunahme an Nachbarschaftskonflikten wahrgenommen, die immer weniger selbstständig gelöst werden können. Gleichzeitig kommt es zu einer Diversifizierung von Sprachen, Lebensstilen und Normen in den Quartieren. Insbesondere letztere müssen daher neu verhandelt werden. Bisher ist jedoch eher ein sozialer und sprachlicher Rückzug verschiedener Communities zu beobachten. Eine Aushandlung von Lebensstilen und Normen kann dennoch gelingen. Dies äußert sich z. B. in einem selbstbewussteren Auftreten von Jugendlichen

aus Zuwanderungsfamilien, die ihre Rechte als deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger stärker einfordern (können) als ihre Eltern.

An mangelndem Engagement und Interesse an Politik sowie den Umsetzungsschwierigkeiten des Formates der Mieterbeiräte¹⁰ zeigt sich zudem eine gewisse Verdrossenheit und ein Bedarf an neuen Beteiligungsformen und -formaten. Zugewanderte, aber auch Eingewanderte, die schon lange in den Quartieren leben, erfahren vermehrt Anfeindungen und Alltagsrassismus. Außerdem ist diese Gruppe stärker vom Mangel an Bildungs- und Kinderbetreuungsangeboten betroffen. Frauen bzw. Mütter müssen diesen i. d. R. ausgleichen und sind daher häufig die Leidtragenden, da sie z. B. nicht am Deutschkurs teilnehmen können, geschweige denn arbeiten. Hinzu kommt das Wohnungen und Nachbarschaften nicht immer familien-, kinder- und jugendfreundlich sind. Im Märkischen Viertel kommt es zudem zu Fällen von Familiengewalt und Mietsteigerungen durch die Veränderungen auf dem Berliner Wohnungsmarkt. Im Rieth und in Neuenkamp stellen die Schließung von Einrichtungen sowie der Mangel an Versorgungsinfrastruktur und sozialen Angeboten sowie Begegnungs- und Treffpunkten einen weiteren potentiellen Push-Faktor dar.

3.3.2. Potentielle Kontextfaktoren für Radikalisierungen

Ein hoher Grad an sozialer Segregation und unzureichenden Investitionen in die Quantität und Qualität öffentlicher Infrastruktur wie z. B. ÖPNV, Nahversorgung, Kultur- und Bildungseinrichtungen waren in den hier untersuchten Quartieren größtenteils bereits vor dem Anstieg der Neuzuwanderung gegeben. Die Fremd- und Selbstwahrnehmung der Bewohnerinnen und Bewohner der Quartiere als „abgehängt“ und „vernachlässigt“ im lokalen Stadtkontext, auf die in den Interviews und Fokusgruppen hingewiesen wurde, kann daher ebenfalls als potentieller Kontextfaktor wirken. Diese vorhandenen Einstellungen wiederum können sich auf den Umgang mit und die Wahrnehmung von Veränderungen im Quartier auswirken. Daher ist es nicht überraschend, dass die oben angeführten Push-Faktoren zu einem allgemeinen Anstieg von Gefühlen der Unzufriedenheit, Unsicherheit bis hin zu Ängsten zu führen scheinen (Kontextfaktoren).

In diesem Kontext wächst auch das Misstrauen gegenüber öffentlichen Institutionen und Behörden wie dem Jugendamt, der Polizei aber auch dem kommunalen Wohnungsunternehmen bei neuzugewanderten und alteingesessenen Bewohnerinnen und Bewohnern. Diese Entwicklung spiegelt sich zum einen in der vergleichsweise niedrigen Wahlbeteiligung und in dem sich verändernden Wahlverhalten der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner wider.

Auch die weitere Zunahme an sozialer und ethnischer Segregation können als potentielle Kontextfaktoren gelten. So wurde bspw. in Interviews mit kommunalen Wohnungsunternehmen berichtet, dass die Quote des Wohnberechtigungsscheins (Sozialwohnungen) durch Maßgaben der zuständigen Kommunalverwaltung weiter erhöht werden soll. Ob solche Steigerungen des

¹⁰ Aus einem der Wohnquartiere wurde berichtet, dass die Mindestwahlbeteiligung für gültige Mieterbeiratswahlen von den zunächst erforderlichen 20% zuletzt auf 5% gesenkt wurde. Allerdings ist dem Bericht zufolge, auch diese Wahlbeteiligungsquote nicht einfach zu erreichen.

Sozialwohnungsanteils in den Quartieren mit einer entsprechenden Steigerung an Investitionen in die soziale Infrastruktur der Quartiere einhergehen würden, bleibt dabei unklar.

3.3.3. Potentielle Pull-Faktoren für Radikalisierungen

Bei Pull-Faktoren für Radikalisierungen handelt es sich Zeiger und Aly (2015) zufolge um Aktivitäten, die politische Interpretationen und Lösungsvorschläge für die lokale Problemlage propagieren, die auf eine Steigerung gesellschaftlicher Polarisierungen und Radikalisierungen hinauslaufen. Direkte Indikatoren für bestehende Pull-Faktoren in den Quartieren konnten wir in den qualitativen Interviews wie bereits beschrieben nicht erfassen – möglicherweise aufgrund der Selbstselektion unserer Interviewpartner sowie aufgrund von Effekten der sozialen Erwünschtheit in der Interviewsituation.

Allerdings bieten die beschriebenen quantitativen Daten über die geringe Wahlbeteiligung und die Entwicklung der Wahlrends aus den letzten Bundestagswahlen Indikatoren, dass Pull-Faktoren in den Quartieren durchaus vorhanden sind. Unter den hier untersuchten Quartieren schien insbesondere das Rieth in Erfurt im Fokus politischer Aktivitäten verschiedener Akteure im Vorfeld von Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen zu stehen¹¹.

Darüber hinaus wurde im Projektzeitraum ein Fall von politisch-motivierter Propaganda aus den Sozialen Medien bekannt, in dem ein gefälschtes Foto einer verletzten Person aus dem Rieth missbraucht wurde, um gegen angebliche Gewalttaten durch Geflüchtete zu protestieren¹².

¹¹ Siehe z. B. Zeitungsberichte über die Ausstellung „Kunst gegen Rechts“: <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/erfurt/klares-statement-am-passenden-ort-in-erfurt-rieth-id227331489.html> und ein Familienfest der Alternative für Deutschland: <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/erfurt/autogramme-und-sprueche-id227167785.html>

¹² Siehe: <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/125951/4339765>

4. Schlussfolgerungen: Radikalisierungstendenzen in den untersuchten Quartieren

Es ist zunächst klar zu stellen, dass, angesichts des beschränkten Analyseumfangs, die im Rahmen der GdW-Studie „Herausforderung: Zusammenleben im Quartier“ und im Rahmen des Projektes „Konflikt<>Quartier<>Zusammenleben“ erhobenen Informationen über die untersuchten Wohnquartieren keine direkten Rückschlüsse auf das Vorhandensein oder die Entwicklungsprozesse von Radikalisierungs- oder Extremismustendenzen in größeren Wohngebieten zulassen. Dazu ist in Betracht zu ziehen, dass die Datengrundlage der beiden Studien insbesondere für die Zielgruppe „(Neu-)Zugewanderte“ eingeschränkt und nicht repräsentativ ist. Daher lassen sich die Aussagen nicht auf die Situation in Wohnquartieren im Allgemeinen beziehen.

Trotzdem dokumentieren die Analyseergebnisse beider Studien durchaus eine erhebliche Anzahl an Faktoren in den Quartieren, die mit den Push- und Kontextfaktoren korrespondieren, wie sie Zeiger und Aly (2015) als Bedingungsfaktoren für die Entstehung von Radikalisierungen beschreiben. Man kann folglich durchaus vom Vorhandensein von „Radikalisierungspotentialen“ in den Quartieren sprechen.

Die Daten zum sozioökonomischen Profil der untersuchten Quartiere Rieth, Neuenkamp und Märkisches Viertel machen deutlich, dass diese Quartiere durch überdurchschnittlich hohe sozioökonomische Segregation und teilweise auch durch verschiedene Armutspänomene geprägt sind, wie z. B. überdurchschnittliche hohe Raten an Arbeitslosigkeit, Transferbezug und Kinderarmut (siehe dazu Oswald, Ress und Pfeffer-Hoffmann 2019). Gleichzeitig dokumentieren die Aussagen mehrerer Gesprächspartner die Wahrnehmung von zunehmender Kriminalität und einem steigenden Gewalt- und Konfliktpotential in der Mieterschaft gegenüber anderen Mieterparteien und Mitarbeitenden der Wohnungsunternehmen. Obwohl diese Wahrnehmungen teilweise der Faktenlage widersprechen (beispielsweise in Bezug auf die Entwicklung der Kriminalitätsrate¹³), deutet dies auf das Wirken von Kontextfaktoren, d. h. der Wahrnehmung von institutionellem bzw. rechtsstaatlichem Versagen hin.

Inwieweit politische Aktivitäten und die Verbreitung extremistischer Ideologien in den Quartieren stattfinden, lässt sich hier nicht eindeutig beantworten, da dies weder in der Studie „Zusammenleben im Quartier“ noch in den Interviews im Rahmen des Projektes „Konflikt<>Quartier<>Zusammenleben“ explizit erfasst werden konnte. Nur die oben angeführten, indirekten Indikatoren für eine potentielle Radikalisierung, wie z. B. die Entwicklung der Wahlergebnisse zwischen den Bundestagswahlen von 2013 zu 2017, dokumentieren in den Quartieren einen überdurchschnittlich starken Anstieg der Wählerstimmen für Parteien, die sich über eine ausländischer- und zugewanderungskritische Haltung definieren. Diese drastische Änderung im Wahlverhalten korrespondiert zeitlich mit dem Anstieg der Neuzuwanderung in den Quartieren bzw. mit der Zunahme der gesamtgesellschaftlichen Diskussion zu diesen Themen.

¹³ Siehe hierzu die Daten des Kriminalitätsatlas Berlin: <https://www.kriminalitaetsatlas.berlin.de/K-Atlas/atlas.html>

Dass Neuzuwanderung in lokalen Kontexten Herausforderungen mit sich bringt, ist keine neue Erkenntnis in der Quartiersforschung. Migration hat Quartiere stets verändert und geprägt, bietet Chancen und Risiken. In welche Richtung die Veränderungen jedoch gehen, hängt immer stark von der jeweiligen Organisation und Politik ab (Saunders 2016: 23). Die hier untersuchten Quartiere wurden in den vergangenen Jahren wieder verstärkt zu Ankunftsorten für Neuzugewanderte und dies vor dem Hintergrund, dass die Quartiere ohnehin schon soziale und ethnische Segregation, relative Armut und periphere Lage aufweisen. „Ankommen“ beschreibt nach Saunders (2011, 2016) aber nicht nur die reine Ankunft, sondern einen langfristigen Integrationsprozess, der darauf ausgerichtet ist sich sicher und irgendwann zuhause zu fühlen. Die hier untersuchten Quartiere sind faktisch zu Ankunftsquartieren („Arrival Cities“) geworden.

Es kommt nun darauf an, das Ankommen in den Quartieren zu gestalten. Zuwanderung muss daher als Chance begriffen werden und bedarf gleichzeitig besonderer Aufmerksamkeit und Investitionen in Bildung und soziales Leben im öffentlichen Raum. Den Austausch zwischen bisher segregierten Bevölkerungsgruppen zu fördern ist essentiell dafür, dass migrationskritische Haltungen abgebaut und Radikalisierungen in den Quartieren verhindert werden können (Saunders 2016: 25). Hier muss sowohl auf kommunaler, auf Landes- und auf Bundesebene die Politik auf den Plan gerufen werden. Dafür bedarf es eines starken politischen Willens zur Umsetzung von besonderen Programmen in den beschriebenen Quartieren. An dieser Stelle sei aber auch mit besonderem Nachdruck auf die Verstärkung von sozialer und ethnischer Segregation hingewiesen, die nicht zuletzt im Zusammenhang mit einer Wohnungspolitik steht, die durch Privatisierung und den Abbau von Sozialwohnungen gekennzeichnet ist. Die Stadt Wien hat vorgemacht wie sozialer Wohnungsbau dezentral und sozialverträglich organisiert werden kann¹⁴. Hier muss auch auf übergeordneter Ebene über eine andere Wohnungspolitik in deutschen Großstädten Diskurs geführt werden.

Als anekdotisches Indiz für die Präsenz politisch motivierter Pull-Faktoren konnte während des Untersuchungszeitraums ein extremer Fall der Verbreitung von Falschnachrichten in den Sozialen Medien über angebliche Gewalttaten von Geflüchteten im Quartier Erfurt Rieth erfasst werden (siehe oben). Diese Aktion hatte mutmaßlich zum Ziel, die Meinungen der Bewohnerinnen und Bewohner zum Thema Migration und Integration zu polarisieren. In den Interviews berichteten Mitarbeitende des Wohnungsunternehmens in Erfurt Rieth davon, dass bestimmte Mietparteien so aggressiv gegenüber Neuzugewanderten auftreten würden, dass man diese nicht in deren Nähe platziere, um Konflikte zu vermeiden.

Angesichts der vielschichtigen Herausforderungen, die in den untersuchten Quartieren zusammenkommen (Segregation, Prekariat, demografische Polarisierung, überdurchschnittlich hohe Bevölkerungsdichte und problematische infrastrukturelle und bauliche Voraussetzungen – siehe Tabelle 2) erscheint es wenig überraschend, wenn es im Kontext von rapiden Veränderungen in den Quartieren, wie z. B. durch einen kurzfristigen Anstieg der Neuzuwanderung, vermehrt zu Nachbarschaftskonflikten kommt. Die dokumentierten Herausforderungen der Quartiere legen

¹⁴ Siehe dazu z. B. https://www.deutschlandfunk.de/sozialer-wohnungsbau-warum-wiener-guenstig-wohnen.769.de.html?dram:article_id=428615 (20.09.2018)

nahe, dass diese Orte und ihre Bewohnerinnen und Bewohner auf die Veränderungsprozesse und Zuwanderung unzureichend vorbereitet sind. Anhand dieser Ausgangslage und der angeführten Beispiele und Entwicklungen scheinen eine Reihe von „Push-“, „Pull-“ und „Kontextfaktoren“ in den untersuchten Quartieren vorhanden zu sein, welche die Entstehung oder Weiterentwicklung von Radikalisierungsprozessen begünstigen können.

Trotz dieser Ausgangslage waren „Radikalisierung und Extremismus“ die am wenigsten genannte Konfliktursache in den Befragungen der Bewohnerschaft, Sozialträger und Wohnungsunternehmen in der GdW-Studie. Verstöße gegen die Hausordnung (wie z. B. Lärmbelästigung, Schmutz und falsche Müllentsorgung) sowie intergenerationelle Konflikte zwischen älteren und jüngeren Bewohnerinnen und Bewohnern (Oswald, Ress, Pfeffer-Hoffmann 2019: 56) wurden hingegen wesentlich häufiger als Konfliktursachen identifiziert. Diese Verteilung der Konfliktursachen in den untersuchten Quartieren entspricht dem bundesweiten Durchschnitt für die Ursachen von Nachbarschaftskonflikten, die sich auf Lärmbelästigung und nicht eingehaltene Hausordnung bzw. Bewohnerpflichten konzentrieren (forsa 2017). Auch wenn Selbstselektionseffekte der Teilnehmenden und soziale Gruppeneffekte einen Einfluss auf die Aussagen in den Interviews und Fokusgruppen gehabt haben dürften – die beschriebenen Einstellungen und Perspektiven der Bewohnerinnen und Bewohner auf die Konfliktsituationen und auf die beteiligten Mietergruppen sind, gemessen an den gängigen Definitionen, nicht als extremistisch einzustufen.

Was sich in den Interviews allerdings durchaus abzeichnet, sind zum einen eine abnehmende Bereitschaft bzw. abnehmende Kompetenzen unter Bewohnerinnen und Bewohnern und Akteuren in den Quartieren, selbst alltägliche Konflikte zwischen Mietparteien oder Gruppen auszuhandeln. Zum anderen scheinen Wahrnehmungen von zunehmender Unsicherheit, Kriminalität, Gewalt und Verrohung in den öffentlichen Räumen des Quartiers unter Alteingesessenen ebenso wie unter Neuzugewanderten weit verbreitet, obwohl dies teilweise nicht der tatsächlichen Entwicklung widerspricht.

Die oben erwähnten Nachbarschaftskonflikte sowie die Wahrnehmung zunehmender Unsicherheit werden häufig mit aktuellen Veränderungen in der Bewohnerschaft der Quartiere v. a. durch Neuzuwanderung in Verbindung gebracht. Herausforderungen wie fehlende Sprachkompetenzen, fehlende zwischengemeinschaftliche Kontakte und kulturelle Unterschiede zwischen Alteingesessenen und Neuzugewanderten werden als Barrieren angeführt, die eine einfache Lösung oder Aushandlung solcher alltäglichen Konflikte behindern. Es ist vorstellbar, dass die zunehmende Polarisierung und Konfliktbelastung der gesamtgesellschaftlichen Diskurse über Identitäten und Zugehörigkeit die Lösung von eigentlich alltäglichen Nachbarschaftskonflikten in den Quartieren erschweren, die dadurch gravierender und schwieriger in der Aushandlung werden.

Nachrichten über solche lokalen Konfliktsituationen wiederum, werden, meist auf lokaler, aber auch auf überregionaler und nationaler Ebene als Symbole für ein zunehmend dysfunktionales und konfliktreiches Zusammenleben in den Quartieren im Kontext der Neuzuwanderung dargestellt, wie Björn Höcke es 2017 bei einem Bürgerdialog mit folgendem Zitat ausdrückte:

*"Ich möchte nicht, dass in Thüringen irgendwann Zustände herrschen wie in Berlin-Neukölln, Dortmund oder in Mannheim. Das ist kein Deutschland mehr, das ist kein Rechtsstaat mehr."
(Fiedler 2017)*

Lokale Quartiere und gesamte Städte, die auf diese Weise zu Negativsymbolen stigmatisiert werden, fungieren als Spiegel und als Werkzeug (im Sinne der oben beschriebenen Pull-Faktoren) bundesweiter Polarisierungs- und Radikalisierungstendenzen in der Gesellschaft. Gleichzeitig bieten sie aber auch vielfältige Gelegenheiten und Diskussionsräume, wo solchen Tendenzen entgegengewirkt werden kann. Sie können gleichzeitig ein Symbol der Antiradikalisierung und der offenen Gesellschaft sein oder eines werden.

5. Potentiale politischer Bildung im Quartier

Dass eine Lösung der beschriebenen Quartierskonflikte und ein präventiver Umgang mit Radikalisierungspotentialen möglich sind, wird durch die Ergebnisse der GdW-Studie deutlich:

„Auffällig ist, dass den Verletzungen der Hausordnung als erster Konfliktgrund [...] von Seiten der Wohnungsunternehmen] nicht direkt Maßnahmen der Regeldurchsetzung bzw. Regeleinhaltung entgegengesetzt werden. Stattdessen werden vor allem der Ausbau von Begegnungsorten sowie die Förderung nachbarschaftlichen Miteinanders als sinnvolle Maßnahmen genannt.

Des Weiteren werden insbesondere solche Maßnahmen genannt, mit denen die gesellschaftliche Teilhabe gestärkt und Armut bekämpft werden kann.“ (Oswald, Röss und Pfeffer-Hoffmann 2019: 64)

Auch in den Interviews mit Bewohnerinnen und Bewohnern im Folgeprojekt wird deutlich, dass die Mehrheit der befragten Personen die Herausforderungen des Zusammenlebens in den Quartieren als schwierig und komplex, aber nicht als unlösbar ansieht. Eine Vielzahl der Bewohnerinnen und Bewohner und der institutionellen Akteure suchen eigenen Angaben zufolge sogar selbst nach Lösungen für bestehende Konflikte und Herausforderungen des Zusammenlebens in den diversen Quartieren.

Angesichts der in den Quartieren vorgefundenen Konfliktsituationen scheint es naheliegend, dass politische Bildungsangebote im Rahmen von breiter angelegten Quartiersentwicklungsstrategien durchaus einen sinnvollen Beitrag für den konstruktiven Umgang mit bestehenden Konflikten liefern können. Um die oben erwähnten Akteure vor Ort bei ihren Bestrebungen zu unterstützen, lassen sich folgende Bedarfe und Ansatzpunkte für die politische Bildung im Kontext der hier untersuchten Quartiere formulieren:

1. Angesichts des Rückgangs bzw. des nicht Vorhandenseins von öffentlichen Räumen in den Quartieren als vielfältige Begegnungsorte und Diskursplattformen besteht die wichtigste Aufgabe und Herausforderung in der Erreichung verschiedener Zielgruppen für Angebote der politischen Bildung. Hierfür bedarf es der Entwicklung und Erprobung neuer, aufsuchender Ansätze, die den Anforderungen verschiedener sozialer Milieus entsprechen. Insbesondere die digitalen Medien bieten hierfür neue Möglichkeiten, die in Kombination mit Begegnungen vor Ort bisher unzureichend genutzt werden.
2. Ein weiterer Aufgabenbereich besteht darin, die Kompetenzstärkung und -entwicklung unter Bürgerinnen und Bürgern sowie Akteuren zu unterstützen, Konflikte eigenständig aushandeln zu können und dabei allen beteiligten Gruppen die Teilnahme am gemeinsamen Dialog und Aushandlungsprozess anzubieten.
3. Damit verbunden lässt sich die Aufgabe formulieren, die Bürgerinnen und Bürger stärker zu befähigen, ihre Interessen, Rechte und Verantwortung als Bewohnerinnen und Bewohner der Quartiere zu kennen und sich für diese einzusetzen. Dies gilt für Alteingesessene und Neuzugewanderte gleichermaßen. Dieser Ansatz eignet sich auch für die Entwicklung neuer, interessenbasierter Allianzen unter den Bewohnerinnen und Bewohnern, die das Potential haben, bestehende soziale, politische und kulturelle Abgrenzungen in den Quartieren zu überwinden.

Gemäß der Aufforderung des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier (2019), hat sich der Ansatz der aufsuchenden politische Bildungsarbeit die Erfüllung eben dieser Aufgaben zum Ziel gesetzt:

„Politische Bildung muss sich auf den Weg machen, muss hingehen zu den Menschen, ganz gezielt auch zu denen, die bisher von solchen Angeboten nicht erreicht werden und nicht erreicht werden wollen [...]. Für die Demokratie fehlen sie alle.“

Der Ansatz der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit wird bereits in verschiedenen Projekten z. B. durch die Landeszentralen für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen und Berlin erprobt. Das Programm „Demokratiewertstätten im Quartier“ bspw. führt in neun Quartieren in Nordrhein-Westfalen eine Vielzahl von Ansätzen zur Stärkung von Teilhabe und Engagement in und für die Quartiere mit folgenden Zielen durch (Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen 2019):

- Problemlagen und Bedarfe im Stadtteil gemeinschaftlich erkennen,
- Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützen, eigene Interessen zu artikulieren,
- Lust machen auf die Mitgestaltung eines lebenswerten Quartiers,
- Beteiligungsformate im Quartier langfristig etablieren,
- die Attraktivität und Sichtbarkeit des Stadtteils erhöhen.

Eine Bewertung der Wirkung dieser Ansätze auf bestehende Radikalisierungspotentiale bzw. -tendenzen steht noch aus. Zumindest für die hier untersuchten Quartieren würden sich die vorliegenden Erhebungen der Studien „Zusammenleben im Quartier“ und „Konflikt<>Quartier<>Zusammenleben“ als Basislinie für eine solche Wirkungsanalyse anbieten.

Literaturverzeichnis

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2019: Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 31. Dezember 2018. Statistischer Bericht A I 16 – hj 2/ 18. LOR-Planungsräume.
- Baasen, G., 2018: Bundestagswahl 2017 in Berlin. Ergebnisse der repräsentativen Wahrstatistik. In: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg 2/2018.
- Baran, Z., 2005: Fighting the War of Ideas. *Foreign Affairs*, 84(6), S. S. 68–78.
- Berliner Morgenpost, 2017: Bundestagswahl 2017 in Berlin. Analysen der 660 Wahlkieze. <https://interaktiv.morgenpost.de/berlinwahlkarte2017/> (07.05.2019).
- Berliner Morgenpost, 2013: Bundestagswahl 2013 in Berlin. Alle Stimmen der 1709 Wahllokale. <http://berlinwahlkarte2013.morgenpost.de/> (12.11.2019).
- Bundeszentrale für politische Bildung, 2011: Beutelsbacher Konsens. <http://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens> (07.04.2011).
- Die Landeseigenen, 2018: Leitlinien für Mieterbeiräte. <https://inberlinwohnen.de/wp-content/uploads/2018/05/Mieterbeirat.pdf> (11.11.2019).
- Lambert, R., 2008: Empowering Salafis and Islamists against Al-Qaeda: A London Counterterrorism Case Study. *PS: Political Science and Politics*, 41(4), S. S. 31–35.
- Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, 2019: Demokratiewerkstätten im Quartier. <https://www.politische-bildung.nrw.de/wir-partner/projekte/demokratiewerkstaetten-im-quartier/> (15.11.2019).
- Erfurt Landeshauptstadt Thüringen, 2014: Erfurter Statistik. Bundestagswahl 2013. Kommunalstatistisches Heft 84.
- Erfurt Landeshauptstadt Thüringen, 2018a: Erfurter Statistik. Halbjahresbericht 1/2018.
- Erfurt Landeshauptstadt Thüringen, 2018b: Erfurter Statistik. Bundestagswahl 2017. Kommunalstatistisches Heft 99.
- Erfurt Landeshauptstadt Thüringen, 2019a: Bevölkerung der Stadt. <https://www.erfurt.de/ef/de/rathaus/daten/bevoelkerung/stadt/index.html> (30.04.2019).
- Erfurt Landeshauptstadt Thüringen, 2019b: Stadtteil – Rieth. <https://www.erfurt.de/ef/de/rathaus/daten/bevoelkerung/stadtteile/109175.html> (30.04.2019)
- Fiedler, M., 2017: „Berlin-Neukölln - das ist kein Deutschland mehr“. *Tagesspiegel*. <https://www.tagesspiegel.de/politik/bjoern-hoেকে-beim-afd-buergerdialog-berlin-neukoelln-das-ist-kein-deutschland-mehr/19499806.html> (10.03.2017).
- Foroutan, N., 2014: Beyond integration? Postmigrantische Perspektiven in Deutschland. Dokumentation der Tagung: Migrations- und Integrationspolitik heute. *Rat für Migration*. S. 35-45.
- Forsa, 2017: Gothaer Versicherungsbank. <https://www.gothaer.de/ueber-uns/presse/publikationen/studien/nachbarschaftsstreit.htm> (14.12.2017).

- GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V. (Hrsg.), 1998: Überforderte Nachbarschaften. Zwei sozialwissenschaftliche Studien über Wohnquartiere in den alten und den neuen Bundesländern. Köln / Berlin, GdW Schriften 48.
- GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V., 2018: GdW Branchenbericht 7. Wohntrends 2035 Studie. https://web.gdw.de/uploads/pdf/publikationen/GdW_Branchenbericht2018-web.pdf (15.03.2019).
- GESOBAU, 2019: Berlin wächst – wir bauen mit. <https://www.gesobau.de/neubau.html#> (12.11.2019).
- Hess, S., 2014: Für eine Migrationsforschung jenseits des Integrationsparadigmas. Dokumentation der Tagung: Migrations- und Integrationspolitik heute. Rat für Migration. S. 25-34.
- Hirth, M. / Schneider, W., 2011: Die Zukunft der sozialen Stadt. <http://www.srl.de/dateien/dokumente/de/Schneider-Hirth.pdf> (30.11.2019)
- Kurtenbach, S., 2015: Ankunftsgebiete – Segregation als Potenzial nutzen. In: A. El-Mafaalani, A. / Kurtenbach, S. / Strohmeier, K. P. (Hrsg.): Auf die Adresse kommt es an. Segregierte Stadtteile als Problem- und Möglichkeitsräume begreifen. Weinheim und Basel: Beltz Juvventa Verlag, S. 304-326.
- Lefebvre, H., 1974: Die Produktion des Raums. In: Dünne, J / Günzel, S. (Hrsg.), 2015: Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften. 8. Auflage. Suhrkamp. Frankfurt am Main.
- Montero, M., 2019: Quartiersstudie Zusammenleben in Duisburg-Neuenkamp. Entwicklungen, Schwierigkeiten und Handlungsempfehlungen. Noch nicht veröffentlicht.
- Neumann, P., 2013: Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/a-puz/164918/radikalisierung-deradikalisierung-und-extremismus?p=all> (30.10.2019).
- von Oswald, A., Ress, S., Pfeffer-Hoffmann, C., 2019: Herausforderung: Zusammenleben im Quartier. Die Entwicklung von Wohnquartieren in Deutschland. Wahrnehmungen, Schwierigkeiten und Handlungsempfehlungen. Berlin: Minor Wissenschaft im Auftrag des GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen, 2019.
- Ress, S., 2019a: Quartiersstudie Zusammenleben in Erfurt Rieth. Entwicklungen, Schwierigkeiten und Handlungsempfehlungen. Noch nicht veröffentlicht.
- Ress, S., 2019b: Quartiersstudien Kannenstieg und Schilfbreite in Magdeburg. Wahrnehmungen, Herausforderungen und Handlungsempfehlungen. Noch nicht veröffentlicht.
- Saunders, D., 2011: Arrival City: Über alle Grenzen hinweg ziehen Millionen Menschen vom Land in die Städte. Von ihnen hängt unsere Zukunft ab. Karl Blessing Verlag München.
- Saunders, D., 2016: Essay: Arriving on the Edge: Migrant Districts and the Architecture of Inclusion. In: Cachola Schmal, P. / Elser, O. / Scheuermann, A. (Hrsg.), 2016: Making Heimat. Germany, Arrival Country. Hatje Cantz Ostfildern. S. 22-39.
- Schnur, O., 2014: Quartiersforschung im Überblick: Konzepte, Definitionen und aktuelle Perspektiven. In: Schnur, O. (Hrsg.), 2014: Quartiersforschung. Springer Wiesbaden.

- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin, 2017: Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2017.
- Siegert, W., 2019: Wofür steht MV? Eine Quartiersstudie zum Zusammenleben im Märkischen Viertel in Berlin. Noch nicht veröffentlicht.
- Stadt Duisburg, Stabstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik, 2017: Wahlergebnisse der Bundestagswahlen 2013 und 2017. Auf Anfrage erhalten.
- Stadt Duisburg, Stabstelle für Wahlen, Europaangelegenheiten und Informationslogistik, 2018: Sozialraumanalyse Duisburg und Duisburg-Neuenkamp. Auf Anfrage erhalten.
- Zeiger, S., und Aly, A., 2015: Countering violent extremism: developing an evidence-base for policy and practice. Hedayah: Curtin University.
- Zeit Online, 2018: Fast jeder Vierte in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. <https://www.zeit.de/gesellschaft/2018-08/migration-deutschland-migrationshintergrund-bevoelkerungsanteil-statistisches-bundesamt> (30.04.2019).

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Push-Pull-Modell zu den Bedingungsfaktoren von Extremismus	10
Abbildung 2: Märkisches Viertel	13
Abbildung 3: Duisburg Neuenkamp	14
Abbildung 4: Erfurt Rieth.....	14
Abbildung 5: Altersstruktur im Quartiersvergleich	15
Abbildung 6: Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Anteile in Prozent	16
Abbildung 7: Arbeitslosenquote und Transferbezüge im Quartiersvergleich, in Prozent	17
Abbildung 8: AfD-Wahlergebnisse (Zweitstimme) bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 im Quartiersvergleich, in Prozent	18
Abbildung 9: Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 im Quartiersvergleich, in Prozent	19

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Fünf Quartierstypen auf Basis der Befragung von Wohnungsunternehmen.....	4
Tabelle 2: Potentielle Push-, Pull- und Kontextfaktoren in den Quartieren	20

Impressum

Text und Redaktion:

Wassili Siegert
Tobias Stapf
Anne von Oswald

„Konflikt<>Quartier<>Zusammenleben“
ist ein Projekt von



Alt-Moabit 73
10555 Berlin
Tel.: +49 30 – 39 74 42 28
E-Mail: minor@minor-kontor.de

www.minor-kontor.de
www.minor-kontor.de/loesungswege-quartier/

Gefördert von der Bundeszentrale für politische Bildung

